

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2011/2012: Aufschwung kommt langsamer voran
- *Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann*
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2011/2012: Inlandsnachfrage stützt den Aufschwung
- *Johannes Steinbrecher und Patrick Zwerschke*
Finanzierungssituation der sächsischen Handwerksunternehmen

Im Blickpunkt

- *Katja Baum*
Aus 2 mach 1: Die bundesweite Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zur Oberschule

ifo Dresden berichtet

18. Jahrgang (2011)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 4/2011

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2011/2012: Aufschwung kommt langsamer voran

3

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Die positive konjunkturelle Grundtendenz in Deutschland wird derzeit getragen von sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, steigender Beschäftigung und robuster Auslandsnachfrage. Im Jahresdurchschnitt 2011 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 3,3 % steigen, bei einem 67-%-Unsicherheitsintervall von 2,7 % bis 3,9 %. Im kommenden Jahr dürfte die Konjunktur klar aufwärts gerichtet bleiben. Zwar ist zu erwarten, dass die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK die Leitzinsen bis dahin leicht angehoben hat und die Weltwirtschaft – gewichtet mit den deutschen Exportanteilen – geringfügig an Fahrt verlieren wird, weshalb sich die Investitionsdynamik etwas normalisieren dürfte. Dafür dürften die privaten Konsumausgaben, befördert durch steigende Löhne und die zunehmende Arbeitsplatzsicherheit, allmählich an Fahrt gewinnen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012 voraussichtlich um 2,3 % expandieren.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2011/2012: Inlandsnachfrage stützt den Aufschwung

12

Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann

Der konjunkturelle Aufschwung auf gesamtdeutscher Ebene hat sich im Winterhalbjahr 2010/2011 mit hohem Tempo fortgesetzt. Auch in Ostdeutschland haben die konjunkturellen Auftriebskräfte die Oberhand gewonnen. Nach der aktuellen Konjunkturprognose des IFO INSTITUTS dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 2,9 % in diesem bzw. 1,9 % im kommenden Jahr steigen. Im Freistaat Sachsen dürfte das Wirtschaftswachstum in beiden Jahren noch etwas stärker ausfallen. Die Lage am ostdeutschen bzw. sächsischen Arbeitsmarkt entspannt sich dabei weiter, sodass die Zahl der erwerbstätigen Personen voraussichtlich um 0,8 % bzw. 0,9 % steigen wird.

Finanzierungssituation der sächsischen Handwerksunternehmen

22

Johannes Steinbrecher und Patrick Zwerschke

Das Handwerk ist mit seinen vielen kleinen und mittelgroßen Betrieben ein Kernstück der regionalen Wirtschaft; die Finanzierung der Handwerksbetriebe aufgrund von unternehmens- und branchenspezifischen Besonderheiten jedoch oft schwierig. Eine aktuelle Untersuchung der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gibt Einblicke in die Finanzierungssituation der sächsischen Handwerksbetriebe. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass die klassische Kreditfinanzierung einerseits nach wie vor von herausragender Bedeutung für die Handwerksbetriebe ist. Andererseits wird deutlich, dass verschiedene Entwicklungen in den Handwerksunternehmen den Zugang zu dieser Finanzierungsform in Zukunft erschweren können. Der vorliegende Artikel stellt diese Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Finanzierungssituation der Handwerksbetriebe dar und diskutiert geeignete Lösungsansätze.

Im Blickpunkt

Aus 2 mach 1: Die bundesweite Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zur Oberschule

29

Katja Baum

Die Debatte über eine bundesweite Zusammenlegung von Haupt- und Realschule ist spätestens seit der Vorstellung des neuen „Bildungskonzeptes“ der CDU wieder angefacht worden. Durch die Integration beider Schularten zu einer Oberschule sollen vor allem der Ruf der Hauptschule als „Restschule“ sowie der immer noch in Deutschland existierende negative Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den Bildungserfolgen bekämpft werden. Doch es gibt noch weitere Argumente für die Umstrukturie-

rung der Schullandschaft, nämlich die Wirkung von Peer-Group Effekten und die positiven Auswirkungen von einer zu einem späteren Zeitpunkt stattfindenden Leistungsdifferenzierung. Mit Hilfe dieser vier Aspekte kann eine Zusammenlegung beider Schultypen unterstützt werden.

Daten und Prognosen

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2011 33

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich 35

ifo Geschäftsklimaindex im Juli 2011 in allen Bereichen der sächsischen Gewerblichen Wirtschaft verschlechtert 37

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen 41

ifo Vorträge 41

ifo Veröffentlichungen 42

ifo intern 42

Deutschlandprognose 2011/2012: Aufschwung kommt langsamer voran¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft ist recht dynamisch in das laufende Jahr gestartet. Im zweiten Quartal dürfte sich die globale Konjunktur aber abgeschwächt haben. Der vom IFO INSTITUT erhobene Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist zwar weiter gestiegen, aber nur noch leicht. Nach Ländern und Regionen differenziert ist die Entwicklung weiter recht unterschiedlich. Während die Expansion in den Schwellenländern, trotz einer gewissen Abschwächung seit dem zweiten Quartal 2010, nach wie vor überdurchschnittlich stark ist, entfalten die fortgeschrittenen Volkswirtschaften eine viel geringere Dynamik und durchlaufen zumeist eine eher schleppende Erholung.

Seit dem Frühjahr 2011 steht die Weltwirtschaft auch unter dem Einfluss zweier Sonderfaktoren – des Erdbebens und der nuklearen Katastrophe in Japan sowie der politischen Umbrüche in Nordafrika und dem Nahen Osten. Die Naturkatastrophe in Japan vernichtete einen Großteil des öffentlichen und privaten Kapitalstocks in den betroffenen Gebieten und löste erhebliche Produktionsausfälle aus. Daher brach die Wirtschaftsleistung Japans im ersten Quartal stark ein. Gleichwohl dürften die Auswirkungen auf die Konjunktur der übrigen Welt begrenzt und nur von kurzer Dauer sein. Die Unruhen im arabischen Raum sind in konjunktureller Hinsicht insbesondere deshalb von Bedeutung, weil sie sich negativ auf die Versorgung der Weltwirtschaft mit Erdöl auswirken könnten.

Im Prognosezeitraum dürfte sich die weltwirtschaftliche Erholung zwar fortsetzen, sie wird aber voraussichtlich moderat an Tempo verlieren. In den Schwellenländern wird die Wirtschaftspolitik den Restriktionsgrad erhöhen, um den Inflationsdruck sowie die Gefahr einer Überhitzung zu reduzieren. In den Industrieländern werden die notwendigen Konsolidierungsbemühungen des privaten und öffentlichen Sektors die wirtschaftliche Expansion verlangsamen. Dies gilt besonders für die Länder der europäischen Peripherie. Insgesamt dürfte die Dynamik in den aufholenden Volkswirtschaften weiter deutlich über der in den Industrieländern liegen. Alles in allem wird die Weltproduktion in diesem und im kommenden Jahr voraussichtlich um jeweils 4,2 % zulegen.

Im Euroraum dürfte sich die Erholung der Wirtschaft mit moderaten Zuwachsraten fortsetzen. Trotz öffentlicher Sparanstrengungen ist damit zu rechnen, dass sich das

Expansionstempo im Verlauf des kommenden Jahres leicht beschleunigt. Maßgeblich dafür wird voraussichtlich vor allem die Binnennachfrage sein. So dürften die privaten Investitionen von vorteilhaften Refinanzierungsbedingungen, der günstigen Gewinnsituation und einer zunehmenden Kapazitätsauslastung profitieren, während die zunehmende Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in mehreren Kernländern der Währungsunion die Erholung des privaten Konsums befördern wird. Alles in allem ist damit zu rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in 2011 um 2,0 % und in 2012 um 1,8 % zulegen wird. Allerdings dürften die Unterschiede zwischen den Ländern des Euroraums erheblich bleiben.

Ausblick Deutschland

In Deutschland hat sich der Aufschwung im vergangenen Winterhalbjahr mit hohem Tempo fortgesetzt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat in diesem Zeitraum saisonbereinigt um 1,9 % zugenommen. Zwar ist die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2010 nur um 0,4 % gestiegen. Dies war im Wesentlichen aber nur die Folge einer saisonunüblich kalten und schneereichen Witterung. Nach der Jahreswende sind die wetterbedingten Ausfälle insbesondere beim Bau und im Verkehrswesen zügig und in vollem Umfang nachgeholt worden.

Der massive Produktionseinbruch aufgrund der zurückliegenden Finanz- und Wirtschaftskrise ist inzwischen wettgemacht worden. Der IFO Geschäftsklimaindikator übertrifft seit einem Dreivierteljahr sogar die Spitzenwerte der Boomjahre 2006/07. Im industriellen Kern liegt die Kapazitätsauslastung mit 86 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Im Gefolge der starken Konjunktur hat sich der Preisauftrieb merklich beschleunigt; die Verbraucherpreise lagen im Juni um durchschnittlich 2,3 % höher als ein Jahr zuvor. Zwar wurde die Teuerung maßgeblich durch die gestiegenen Rohstoffpreise bestimmt, aber auch die Kerninflation hat in den vergangenen Monaten allmählich zugelegt und liegt – in der Abgrenzung des IFO INSTITUTS – mittlerweile bei 1,6 %, nachdem sie im Durchschnitt des Vorjahres nur 0,7 % betragen hatte.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Referent am IFO Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Im zweiten Quartal 2011 dürfte das hohe Produktionsniveau des ersten Quartals deutlich weniger schnell ausgebaut worden sein als zuvor. Für das zweite Halbjahr 2011 deuten die ifo Geschäftserwartungen darauf hin, dass die seit Anfang 2010 hohe durchschnittliche Dynamik nicht ganz gehalten werden kann. Die positive konjunkturelle Grundtendenz besteht jedoch fort. Sie wird getragen von weiterhin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, steigender Beschäftigung und robuster Auslandsnachfrage. Insgesamt ergibt sich für 2011 ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,3% bei einem 67%-Unsicherheitsintervall von 2,7% bis 3,9%.

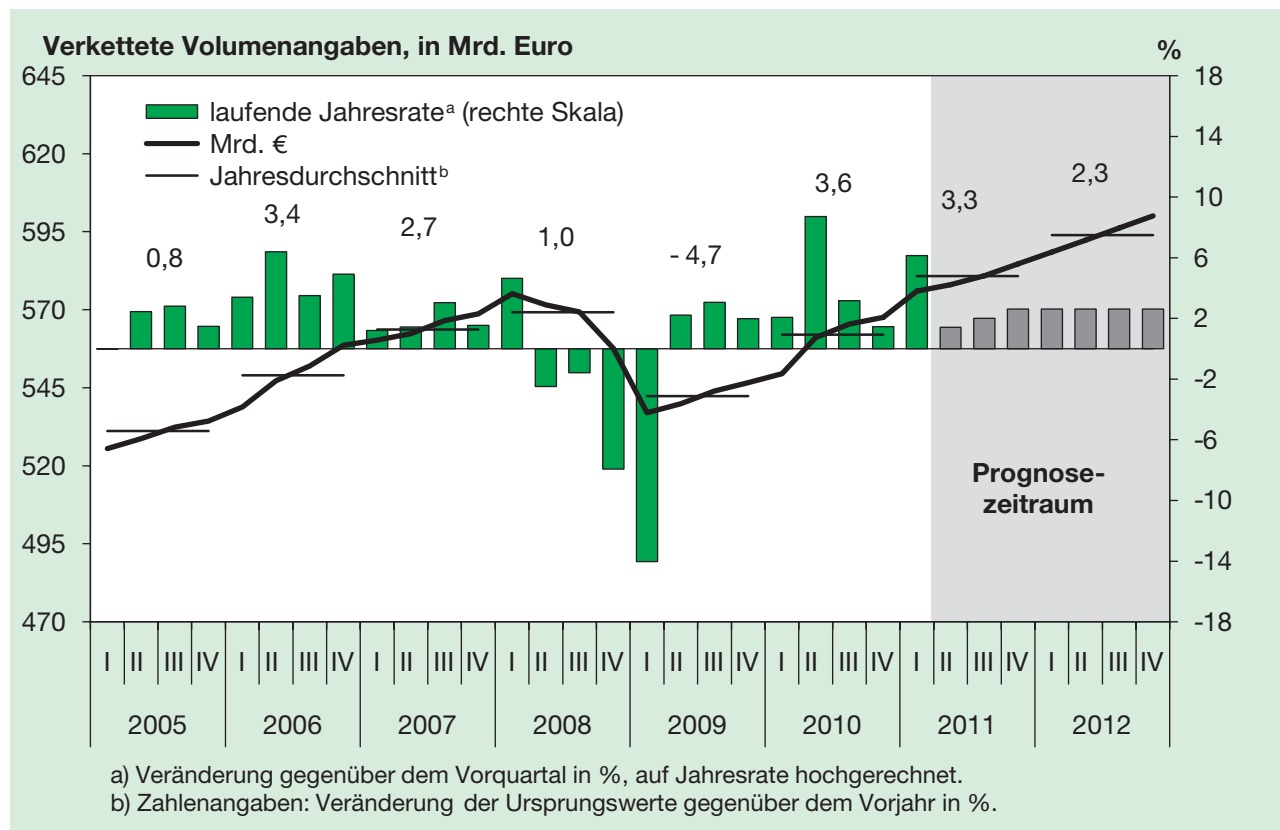
Im kommenden Jahr dürfte die Konjunktur in etwa das Tempo beibehalten, mit dem sie das Jahr 2011 beendet. Sie bleibt damit klar aufwärts gerichtet. Zwar ist zu erwarten, dass die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) ihre Zinsen bis dahin leicht angehoben hat und die Weltwirtschaft – gewichtet mit den deutschen Exportanteilen – geringfügig an Fahrt verlieren wird, weshalb sich die Investitionsdynamik im Jahresverlauf etwas normalisieren dürfte. Dafür dürften die privaten Konsumausgaben, befördert durch steigende Löhne und die zunehmende Arbeitsplatzsicherheit, allmählich an Fahrt gewinnen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt voraussicht-

lich um 2,3% expandieren (vgl. Abb. 1). Bei alledem dürfte die Erwerbstätigkeit weiter zunehmen; im Jahresdurchschnitt 2011 ist ein Anstieg um 490.000 Personen zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte die Erwerbstätigkeit um 315.000 Personen zunehmen. Aufgrund eines steigenden Arbeitsangebots dürfte die Zahl der Arbeitslosen nicht im gleichen Ausmaß sinken. In 2011 wird eine Reduktion um 295.000 und in 2012 um 260.000 erwartet.

Die sich weiter öffnende Outputlücke wird die Kerninflation allmählich nach oben treiben. Da aber die Rohstoffpreise annahmegemäß konstant gehalten werden und damit in 2012 nicht mehr zur Inflation beitragen, ergibt sich für die Verbraucherpreise insgesamt ein Anstieg um 2,4% im laufenden Jahr und nur um 2,1% im nächsten Jahr.

Das gesamtstaatliche Budgetdefizit dürfte infolge der guten Konjunktur und der Konsolidierungsbemühungen von 82 Mrd. € im vergangenen Jahr auf knapp 38 Mrd. € in diesem Jahr sinken. Für das Jahr 2012 ist sogar mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt zu rechnen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird sich das Defizit 2011 auf 1,5% belaufen, im kommenden Jahr voraussichtlich auf 0,2% (vgl. Tab. 1).

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Die Prognose im Detail:**Deutsche Exporte weiter im Aufwind**

Nachdem der Außenhandel im zweiten Halbjahr 2010 mit ruhigerem Tempo expandierte, zog er im ersten Quartal 2011 mit 2,3% wieder stärker an. Die Ausfuhren in die asiatischen Schwellenländer nahmen im vergangenen Winterhalbjahr leicht ab, ein Kontrast zu den starken Zuwächsen in den zwei Halbjahren davor. Ausgenommen

davon bleibt China, das weiterhin an Bedeutung für den deutschen Güterexport gewinnt. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar seit Juni 2010 führte dazu, dass die Lieferungen in die USA nur geringfügig zunahmen. Dagegen expandierten die Warenausfuhren in die Länder der EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSGEMEINSCHAFT mit ordentlichen Raten von 4,5%, vor allem Frankreich und Italien trugen überdurchschnittlich zum Zuwachs bei. Wie schon in den Halbjahren zuvor kamen auch aus dem osteuropäischen Raum Impulse, insbesondere aus Tschechien und Polen.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2009	2010	2011 ¹	2012 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	-0,2	0,5	1,6	1,3
Konsumausgaben des Staates	2,9	1,9	2,1	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	-10,1	6,0	7,8	5,0
Ausrüstungen	-22,6	10,9	14,9	8,8
Bauten	-1,5	2,8	3,1	2,1
Sonstige Anlagen	5,6	6,4	6,7	6,5
Inländische Verwendung	-1,9	2,4	2,1	2,2
Exporte	-14,3	14,7	9,1	6,6
Importe	-9,4	13,0	6,9	6,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	-4,7	3,6	3,3	2,3
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	40.271	40.490	40.980	41.295
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.415	3.238	2.944	2.683
Arbeitslosenquote BA ^c (in %)	8,1	7,7	7,0	6,4
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,4	1,1	2,4	2,1
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
in Mrd. €	-72,7	-82,0	-37,8	-5,0
in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,0	-3,3	-1,5	-0,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-4,2	1,7	2,0	1,8
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,3	1,6	2,7	1,7
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) HVPI-EWU (2005=100).				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Ein Großteil der Indikatoren für den Außenhandel weist auf ein gutes zweites Quartal 2011 hin. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe liegen seit einem Jahr auf einem recht hohen Wert. Die Auftragseingänge aus dem Ausland für Investitions- und Konsumgüter stiegen im April deutlich an, sind im Trend allerdings nicht mehr eindeutig aufwärts gerichtet. Aufgrund des insgesamt recht positiven Umfelds ist mit einem Zuwachs der Exporte von 2,3 % im zweiten Quartal zu rechnen. Im zweiten Halbjahr verläuft die konjunkturelle Entwicklung in den USA, in den asiatischen Schwellenländern und im Euroraum voraussichtlich gebremster. Damit schwächt sich die Expansion des Welthandels etwas ab, auch der vom IFO INSTITUT berechnete Exportnachfrageindikator zeigt eine Verlangsamung der Dynamik an. Aufgrund des starken ersten Halbjahres legen die Exporte 2011 insgesamt dennoch um 9,1 % zu. Im Verlauf des Jahres 2012 führt die konjunkturelle Beschleunigung im Euroraum und in Asien (insbesondere in China) und das Wiederanziehen des Welthandels zu einer Belebung der Ausfuhren. Im Vorjahresvergleich dürfte sich der Zuwachs auf 6,6 % belaufen; die Exportdynamik normalisiert sich wieder.

Auch die Importkonjunktur erlebte nach dem ruhigeren zweiten Halbjahr 2010 eine Beschleunigung im ersten Quartal 2011. Dabei wurden vor allem Vorleistungsgüter aus dem Ausland nachgefragt; diese werden erfahrungsgemäß hauptsächlich für die Produktion von Exportwaren verwendet. Im Prognosezeitraum dürfte sich die lebhafte Binnenkonjunktur positiv auf die Importdynamik auswirken. So ist zu erwarten, dass die stark expandierenden Ausrüstungsinvestitionen zu verstärkter Nachfrage nach Maschinen und Fahrzeugen aus dem Ausland führen. Auch die Nachfrage nach ausländischen Konsumgütern dürfte sich nach und nach erhöhen. Insgesamt wird eine Steigerung der Einfuhren um jeweils 6,9 % in diesem und im kommenden Jahr erwartet. Der Außenbeitrag dürfte in diesem Jahr nochmals einen kräftigen Beitrag von 1,4 Prozentpunkten zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts liefern, 2012 verringert sich der Beitrag auf 0,2 Prozentpunkte.

Unternehmen investieren stark in Ausrüstungsgüter

Im Jahr 2010 manifestierte sich eine lebhafte Nachfrage der Unternehmen in Deutschland nach Maschinen, Geräten und Fahrzeugen. Die Ausrüstungsinvestitionen legten im Jahresdurchschnitt um knapp 11 % zu. Damit wurde der Einbruch der Investitionsnachfrage in der Rezession aber nicht vollständig wettgemacht. Nach einer kräftigen Expansion im ersten Vierteljahr dieses Jahres hat die Nachfrage nach Ausrüstungen nun das Niveau

des Winters 2007 erreicht. Der Anstieg zu Jahresbeginn ist auch vor dem Hintergrund der ausgelaufenen Regelungen zur degressiven Abschreibung – die bis zum Jahresende 2010 galten – bemerkenswert. Bislang hat die Abschaffung dieser Abschreibungsmöglichkeit nicht zu einem Rückschlag bei der Investitionsnachfrage geführt.

Nach dem kräftigen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen in den ersten drei Monaten 2011 dürfte die Entwicklung im Frühjahr etwas an Schwung verloren haben. Darauf deuten insbesondere die inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern hin. Die Entwicklungstendenz bleibt aber aufwärtsgerichtet und die Investitionstätigkeit dürfte im Jahresverlauf wieder mehr Fahrt aufnehmen. Neben der guten Ertragssituation der Unternehmen und der positiven inländischen und ausländischen Nachfrageentwicklung dürfte auch die durch die EZB eingeleitete Zinserhöhungspolitik dazu führen, dass Investitionsprojekte nun vermehrt in Angriff genommen werden.

Im Verlauf des nächsten Jahres dürfte sich das starke Investitionstempo etwas verlangsamen. Nach zwei Jahren mit enorm starken Zuwächsen kann diese Verlangsamung als ein Prozess der Normalisierung angesehen werden. Die weiterhin positive Investitionstendenz in 2012 wird getragen durch die gute globale Konjunktur sowie durch – trotz Zinserhöhungen – weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen. Zudem verfügen die Unternehmen über beträchtliche Mittel zu Selbstfinanzierung von Investitionsprojekten. Daher dürften die Ausrüstungsinvestitionen nach einem starken Plus von knapp 15 % in 2011 nächstes Jahr weiter um fast 9 % zunehmen.

Kräftige Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen

Die Bauinvestitionen legten im Jahr 2010 um knapp 3 % zu. Gegen Ende des vergangenen Jahres wurde die Bautätigkeit jedoch durch den frühen Wintereinbruch erheblich behindert. Dagegen waren die witterungsbedingten Beeinträchtigungen im ersten Quartal 2011 deutlich geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Daher kam es bereits im ersten Vierteljahr zu einem erheblichen Nachholeffekt bei der Bautätigkeit. Der sehr starke Jahresanfang hat erhebliche Implikationen für die Prognose der Bauinvestitionen in 2011. Im Jahresdurchschnitt ist mit einem deutlich höheren Zuwachs zu rechnen als bislang. Allerdings besteht das nicht unerhebliche Risiko, dass sich in der Folge durch Revisionen das Bild für das erste Quartal ändert.

Die *Wohnungsbauinvestitionen* haben 2010 kräftig – um 4,3 % – zugenommen. In diesem Jahr dürfte sich die dynamische Entwicklung kaum abschwächen. Die Bauherren ließen sich im ersten Vierteljahr mehr Projekte ge-

nehmigen als im Vorquartal. Damit setzt sich die positive Tendenz bei Baugenehmigungen fort. Zudem hat der Auftragseingang im ersten Vierteljahr angezogen. Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt sowie steigende Realeinkommen bilden den Rahmen für eine weiterhin anziehende Nachfrage nach Wohnungsbauinvestitionen. Auch profitiert der Wohnungsbau davon, dass er innerhalb Deutschlands als eine werterhaltende Kapitalanlageform gilt. Schließlich sind die Finanzierungsbedingungen derzeit günstig. Daher ist für 2011 mit einer Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen um 4,0% zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte sich die gute Wohnungsbaukonjunktur fortsetzen, wenn auch mit reduziertem Tempo, weil die Zinsen weiter anziehen. Daher geht der Zuwachs voraussichtlich auf einen immer noch hohen Wert von 3,1% zurück.

Der *Wirtschaftsbau* hat in 2010 um 1,6% expandiert. In 2011 wird sich die positive Tendenz voraussichtlich weiter beschleunigen. Darauf deutet hin, dass die Auftragseingänge zu Beginn des Jahres etwas zugelegt haben. Zudem sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin günstig und die starke Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen dürfte auch Bauprojekte nach sich ziehen. So haben sich insbesondere die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mehr Projekte im Bereich Fabrik- und Werkstattgebäude genehmigen lassen. Auch bei den Handels- und Lagergebäuden stiegen die Baugenehmigungen im ersten Vierteljahr 2011 an. Im kommenden Jahr wird sich die positive Entwicklung wohl fortsetzen, da die Ertragsperspektiven der Unternehmen günstig bleiben. Alles in allem dürften die Investitionen in Wirtschaftsbauten in 2011 um rund 3% steigen und in 2012 nochmals um etwa denselben Wert zunehmen.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* sind in 2010 um 0,4% gesunken. Allerdings ist dieser Rückgang wesentlich intersektoralen Grundstückstransaktionen geschuldet. Da der Staat verstärkt Grundstücke an den privaten Sektor verkaufte, sanken dadurch die Investitionen der öffentlichen Hand. Die durch den Staat ausgelöste Nachfrage nach Bautätigkeiten stieg dagegen in 2010 an. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme dürften die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand in diesem Jahr sinken. Im kommenden Jahr dürfte sich die kommunale Haushaltslage verbessern. Dann wird sich die öffentliche Investitionsnachfrage auf niedrigerem Niveau stabilisieren. Wegen der schwachen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2010 bedeutet dies ein kräftiges Minus um reichlich 4% für den Jahresdurchschnitt 2012. Dagegen fällt der Rückgang im Jahresdurchschnitt 2011 mit knapp 0,5% aufgrund der äußerst positiven Entwicklung im ersten Quartal noch recht moderat aus.

Die *Bauinvestitionen insgesamt* werden – getragen durch die Wohnungsbauinvestitionen – in diesem Jahr voraussichtlich um etwa 3% steigen. Nächstes Jahr verlangsamt sich das Expansionstempo etwas, und die Bauinvestitionen dürften im Jahresdurchschnitt um rund 2% zulegen.

Privater Konsum steigt weiter

Im ersten Vierteljahr 2011 ist der reale private Konsum weiter gestiegen, wenngleich langsamer als zuvor. Zum Tempoverlust trug bei, dass die Masseneinkommen trotz zunehmender Beschäftigung und höherer Verdienste nach der Jahreswende real gesunken sind. Kaufkraftmindernd wirkten neben beschleunigt steigenden Preisen die Progression des Steuertarifs sowie die Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung und zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zudem sind monetäre Sozialleistungen gesunken. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind dagegen aufgrund der guten Konjunktur merklich gestiegen. In der Summe legten die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 0,4% zu, bei unveränderter Sparquote entsprach diese Rate auch dem Zuwachs des realen Konsums.

Im zweiten Quartal dürfte der private Konsum saisonbereinigt nochmals an Fahrt verloren haben; dämpfend wirkte der neuerliche Höhenflug der Kraftstoffpreise. In der zweiten Jahreshälfte wird die Konsumkonjunktur dann aber wohl wieder etwas anziehen. Bei den Löhnen kommen die günstige Beschäftigungsentwicklung und die höheren Tarifabschlüsse mehr und mehr zum Tragen. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften saisonbereinigt recht kräftig steigen. Die monetären Sozialleistungen werden in realer Rechnung allerdings weiter sinken. Zum einen sind die Zahlungen für Arbeitslose konjunkturell weiter rückläufig. Zum anderen steigen zur Jahresmitte die Altersbezüge mit 0,99% langsamer als die Inflationsrate. Bei im konjunkturellen Profil nahezu unveränderter Sparquote zeichnet sich für die realen privaten Konsumausgaben im Jahresverlauf 2011 ein Anstieg von 1,1% ab. Aufgrund des aus dem Jahr 2010 herrührenden Überhangs in Höhe von 0,8% ergibt sich in der Jahresdurchschnittsbetrachtung für den privaten Konsum eine Zunahme um 1,6%.

Im nächsten Jahr wird sich die verhaltene Konsumkonjunktur voraussichtlich fortsetzen. Zwar dürften die Effektivverdienste pro Stunde wegen höherer Tarifabschlüsse und einer stärker positiven Lohndrift mit 3,4% deutlich schneller als im laufenden Jahr steigen. Da das Arbeitsvolumen aber wohl nur noch um 0,7% zunimmt, werden die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe mit 4,0% nicht stärker als im laufenden Jahr zu-

legen. Netto ergibt sich aufgrund der Steuerprogression ein deutlich geringerer Anstieg (3,4%). Die monetären Sozialleistungen dürften im kommenden Jahr wieder zunehmen, wenn auch mit 0,8% nur leicht. Zur Jahresmitte werden die Altersrenten auf der Basis der durchschnittlichen Bruttolohnentwicklung 2011 etwas stärker als im laufenden Jahr angepasst, in der ersten Jahreshälfte 2011 wirkt die diesjährige Rentenerhöhung nach. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden allerdings voraussichtlich nicht mehr ganz so kräftig wie bisher steigen. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,0% expandieren, real um 1,1%. Bei leicht nachgebender Sparquote wird der reale private Konsum um 1,3% steigen.

Kerninflation zieht an

Die Verbraucherpreise sind seit vergangenem Herbst deutlich gestiegen, im April hatte sich der Verbraucherpreisindex sogar mit einer laufenden Jahresrate um 3,5% (Sechs-Monatsvergleich) erhöht. Im Juni fiel die Rate auf 2,4% zurück; das Vorjahresniveau wurde wie schon im Mai um 2,3% überschritten. Maßgeblich für die anhaltend hohe Rate im Vorjahresvergleich war einmal der neuerliche Höhenflug der Rohölpreise, in deren Gefolge Mineralölprodukte deutlich teurer wurden. Auch die Stromtarife zogen spürbar an, dazu hat auch die kräftige Anhebung der Umlage für erneuerbare Energien von 2,05 auf 3,53 Cent je Kilowattstunde beigetragen. Schließlich haben sich auch die der Ölpreisentwicklung mit Verzögerung folgenden Gaspreise und Umlagen für Fernwärme erhöht. Im Mai lagen die Preise für Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) um 9,5% über dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Die Kerninflation, aus der in Abgrenzung des IFO INSTITUTS der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln ausgeschlossen ist, zog im Gefolge der guten Konjunktur im Mai auf 1,6% an, nachdem sie im Durchschnitt des vergangenen Jahres bei nur 0,7% gelegen hatte. Hier machte sich vor allem die Verteuerung von Nahrungsmitteln (ohne Saisonwaren) bemerkbar. Ohne Nahrungsmittel gerechnet betrug die Inflationsrate für den verbleibenden Warenkorb, auf den 64,5% aller Verbrauchsausgaben entfallen, im Mai 1,4%. Auch in dieser Abgrenzung ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt zu konstatieren.

Im Prognosezeitraum dürfte der Verbraucherpreisanstieg kaum nachlassen. Zwar geht von Rohöl anahmegemäß kein neuer Preisdruck aus; nur die verzögert reagierenden Gas- und Fernwärmetarife sowie die Strompreise werden noch weiter steigen. Dafür ver-

stärkt sich aber der hausgemachte Preisauftrieb: Anziehende Lohnstückkosten dürften aufgrund der sich weiter bessernden Absatzlage an die Verbraucher weitergegeben werden. Zudem dürften die Unternehmen aus der Rezession 2009 herrührenden Lohnstückkostenschub mehr und mehr überwälzen. Hinzu kommt die immer noch bestehende Finanznot vieler Gemeinden, die zu höheren Preisen und Gebühren für kommunale Dienstleistungen führt. Auch die Wohnungsmieten dürften etwas anziehen. Insgesamt werden die Verbraucherpreise im Durchschnitt des laufenden Jahres voraussichtlich um 2,4% steigen. Im nächsten Jahr dürfte die Inflationsrate bei 2,1% liegen. Bereinigt um den Einfluss von Energieträgern wird sie sich vor dem Hintergrund anziehender Lohnstückkosten von 1,5% im Jahr 2010 auf voraussichtlich 2,3% im Jahr 2011 spürbar beschleunigen.

Arbeitsmarktdynamik überschreitet den Hochpunkt

Der Arbeitsmarkt befindet sich derzeit im Boom. Der seit einem Jahr anhaltende Aufholprozess im Verarbeitenden Gewerbe hat zu einer deutlichen Zunahme der industrienahe Beschäftigung geführt. Dabei stieg insbesondere die Zahl der Leiharbeiter mit unvermindertem Tempo, sodass dort im März 160.000 Personen mehr beschäftigt waren als im Vorjahr. Allerdings profitieren auch die anderen Beschäftigungsformen mehr und mehr vom wirtschaftlichen Aufschwung, sodass die Bedeutung der Leiharbeit für den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung weiter abgenommen hat. Auch in anderen Branchen wie dem Baugewerbe, dem Handel oder dem Gesundheitswesen wurden vermehrt Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt werden in wachsendem Maße sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen entstehen.

Im Zuge der starken gesamtwirtschaftlichen Produktionsausweitung im ersten Quartal hat sich auch der Anstieg des Arbeitsvolumens fortgesetzt, und die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Zudem setzte sich der Rückgang bei der Zahl der Arbeitsuchenden fort, die nicht als Arbeitslose erfasst sind – dies sind vor allem Personen in unsicheren Erwerbsverhältnissen –, sodass deren Zahl im Mai um 345.000 unter dem Vorjahreswert lag. Allerdings hat sich der Anstieg bei der Zahl der offenen Stellen etwas verlangsamt. Zudem hat das ifo Beschäftigungsbarometer sein hohes Niveau zuletzt nicht halten können. Dies deutet darauf hin, dass der Beschäftigungsanstieg allmählich langsamer wird.

Da die Produktion im weiteren Jahresverlauf voraussichtlich schwächer ausgeweitet wird als im ersten Quartal, steigt das Arbeitsvolumen nicht mehr so schwungvoll wie zuletzt. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbs-

tätigen dürfte sich weiter erhöhen, da im Zuge der steigenden Kapazitätsauslastung Überstunden angesammelt und Arbeitszeitkonten aufgefüllt werden. Zudem ist die Zahl der Kurzarbeiter aus konjunkturellen Gründen weiter rückläufig, und auch die Zahl der Minijobs geht voraussichtlich zurück.

Vor diesem Hintergrund wird die Zahl der Erwerbstätigen im Prognosezeitraum etwas langsamer steigen als das Arbeitsvolumen, und zwar um 490.000 Personen (1,2%). Da sich der gegenwärtige Aufschwung maßgeblich aus einem Investitionsboom und einer kräftigen Exportkonjunktur speist, dürfte die Arbeitsnachfrage in der Industrie, im Transportwesen und in der Bauwirtschaft besonders hoch sein. Dort werden wohl in überwiegenderem Maße sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen entstehen. Im Zuge der Produktionsausweitung in der Industrie werden auch in der Leiharbeit weiterhin Arbeitsplätze entstehen. Insgesamt steigt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch aufgrund des hohen Wertes zu Jahresbeginn im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 680.000 Personen.

Inwieweit sich der Arbeitsplatzaufbau in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlägt, hängt von der Änderung des Arbeitskräfteangebots ab. Dem INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) folgend, wird ein Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 2011 um rund 70.000 Personen veranschlagt. Dies folgt aus einer demographisch bedingten Verminderung des Erwerbspersonenpotenzials um 200.000 Personen, der eine Zunahme um 130.000 Personen gegenüber steht. Zum einen erhöht sich nämlich die Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, für die im Mai 2011 die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit endete, zum anderen dürften infolge der guten Beschäftigungsaussichten Personen mobilisiert werden, die bisher nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Dennoch dürfte die Arbeitslosigkeit weniger stark zurückgehen, als es der Anstieg der Erwerbstätigkeit nahelegt, und zwar um 295.000 Personen. Dies liegt daran, dass nach Schätzungen des IAB aufgrund der guten Arbeitsmarktlage rund 200.000 Erwerbsfähige aus der Stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt drängen.

Im kommenden Jahr wird sich die Zunahme des Arbeitsvolumens voraussichtlich etwas verlangsamen, da die Löhne infolge der guten Arbeitsmarktlage allmählich anziehen. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Zuwachsrate von 0,9%. Entgegen dem langfristigen Trend dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit auch im Jahr 2012 zulegen. Maßgeblich hierfür ist, dass weiter Überstunden angesammelt werden und auch im kommenden Jahr in überwiegenderem Maße Vollzeitstellen entstehen dürften. Aufgrund der geringeren Zahl an Arbeitstagen steigt die durchschnittliche Arbeitszeit dennoch lediglich

um 0,1% (arbeitstäglich bereinigt 0,4%). Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt daher um 0,8% (315.000 Personen) zu. Im Zuge des Beschäftigungsaufbaus dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 260.000 sinken (vgl. Tab. 2).

Reallöhne im Plus

Die unter dem Eindruck der verbesserten Arbeitsmarktlage im Jahr 2010 ausgehandelten Tarifverträge enthielten teilweise bereits spürbare Lohnerhöhungen. Im ersten Quartal dieses Jahres lagen die Tariflöhne in der Folge um 1,7% über dem Vorjahresniveau. Damit hat sich der Zuwachs etwas beschleunigt. Allerdings fiel der Effektivlohnanstieg deutlich geringer aus, da die Lohndrift auf Stundenbasis trotz der guten Arbeitsmarktlage noch negativ ausfiel. Dies dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass Überstunden aufgebaut wurden. Eine Rolle spielte auch, dass die Zahl der Kurzarbeiter im Vorjahresvergleich weiter deutlich rückläufig war und Zuzahlungen zum Kurzarbeitergeld damit wegfielen.

Für den weiteren Jahresverlauf stehen einige Tariflohnerhöhungen bereits fest. So zahlen die Unternehmen in der Chemischen Industrie 4,1% mehr Lohn, Beschäftigte in der Bauwirtschaft erhalten 3,0%, im Öffentlichen Dienst der Länder erhöhen sich die Löhne im Durchschnitt um rund 2,4% und in der Metallindustrie erfolgt eine Stufenerhöhung um 2,7%. Im Einzelhandel wurde zuletzt eine Tariflohnanhebung um 3% vereinbart. Da allerdings der Vorjahreswert in einigen Bereichen durch Einmalzahlungen erhöht ist, ergibt sich für die gesamte Wirtschaft im Jahresdurchschnitt lediglich ein Anstieg um 2,0%. Da aufgrund der hohen Arbeitsnachfrage außertarifliche Lohnbestandteile an Bedeutung gewinnen, steigen die Effektivlöhne (Bruttoverdienst je Arbeitnehmerstunde) dabei kräftiger, um 2,3%.

Für das kommende Jahr ist mit einem etwas schnelleren Anstieg der Tariflöhne zu rechnen. So stehen unter anderem bereits Stufenerhöhungen im Baugewerbe (2,4%) und im Öffentlichen Dienst der Länder (2,4%) fest. Für die Beschäftigten in der Industrie dürften überdurchschnittliche Lohnerhöhungen ausgehandelt werden, sodass die Tariflöhne im kommenden Jahr mit 2,7% in etwa so schnell ansteigen wie im Jahr 2008. Da die Vollzeitbeschäftigung voraussichtlich auch im kommenden Jahr spürbar ansteigt und vermehrt bezahlte Überstunden geleistet werden dürften, ist die Lohndrift dann deutlich positiv. Die Effektivlöhne werden im kommenden Jahr wohl um 3,4% zulegen. Da die prognostizierte Lohnsteigerung ein Reflex der hohen Arbeitsnachfrage ist, dürfte es nicht zu einem Rückgang der Beschäftigung kommen.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland					
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.450	55.985	57.467	58.417	58.937
Erwerbstätige Inländer	40.216	40.171	40.375	40.835	41.100
Arbeitnehmer	35.783	35.762	35.964	36.384	36.634
darunter:					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.510	27.493	27.758	28.437	28.818
darunter:					
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^a	240	268	242	172	142
Marginal Beschäftigte	5.897	5.935	5.889	5.779	5.736
darunter:					
Minijobs	4.866	4.904	4.885	4.870	4.880
1-Euro-Jobs ^b	291	279	262	166	114
Selbständige	4.433	4.409	4.411	4.451	4.466
darunter:					
geförderte Selbständige ^c	180	145	154	134	79
Pendlersaldo	60	100	115	145	195
Erwerbstätige Inland	40.276	40.271	40.490	40.980	41.295
Arbeitslose	3.258	3.415	3.238	2.944	2.683
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Teilnehmer § 46 SGB III	0	132	223	173	171
Trainingsmaßnahmen	81	39	2	0	0
Arbeitslosenquote ^d	7,8	8,1	7,7	7,0	6,4
Erwerbslose ^e	336	3.228	2.946	2.520	2.295
Erwerbslosenquote ^f	7,2	7,4	6,8	5,8	5,3
Kurzarbeit	102	1.144	502	132	72
<p>a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO. – f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).</p>					

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Risiken der Prognose

Ein zentrales Risiko für die Prognose geht von der anhaltenden Schuldenkrise in der Peripherie des Euroraums hervor. So könnte eine deutlich schlechter als erwartete Konjunktur oder ein starker politischer Gegenwind in den betroffenen Ländern zu einem erheblichen Verfehlen der Sparziele führen. Dies könnte das Vertrauen in die Angemessenheit der anvisierten Konsolidierungsmaßnahmen sowie in die Zulänglichkeit der bereits beschlossenen Hilfspakete erschüttern. Als Ergebnis könnte es zu einem erneuten starken Anstieg der Verunsicherung an den europäischen Bondmärkten und damit zu weiteren Belastungen für das Bankensystem in vielen Ländern des Euroraums kommen. Eine besondere Gefahr stellt hier ein mögliches Überschwappen der Unsicherheit auf größere Mitglieder der Währungsunion wie Spanien, Belgien oder gar Italien dar und die damit einhergehenden beträchtlichen Eigenkapitalverluste für den Bankensektor im Euroraum. Sollten auch größere Länder wie Spanien oder Italien die finanzielle Hilfe der Europäischen Staatengemeinschaft und des INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS (IWF) ersuchen müssen, so ist damit zu rechnen, dass die bereits beschlossenen Rettungspakete nicht mehr ausreichen, um den Liquiditäts- und Finanzierungsbedarf aller betroffenen Länder zu decken. Ein mögliches Scheitern einer weiteren Aufstockung der Hilfspakete aufgrund starken politischen Widerstands in den Kernländern des Euroraums könnte eine ungeordnete Restrukturierung der öffentlichen Schuld in einem oder mehreren der Kri-

senländer erforderlich machen. Ein erneutes Abgleiten der Europäischen Währungsunion in die Rezession wäre in diesem Fall aufgrund der enormen Belastungen für das Bankensystem nicht auszuschließen.

Für Deutschland bestehen immense fiskalische Risiken. Sollte sich die Ansicht durchsetzen, dass die bisher durch Rettungspakete gestützten Länder die Last ihrer Verbindlichkeiten wirtschaftlich dauerhaft nicht schultern können, oder sollte sich erweisen, dass diese Länder politisch ins Chaos abzugleiten drohen, so ist mit einem teilweisen Schuldenverzicht der öffentlichen Gläubiger zu rechnen. Insbesondere für Griechenland ist dieses Szenario nicht auszuschließen. Da mittlerweile große Teile der griechischen Staatsschulden von der EU, dem IWF und der EZB gehalten werden und da die EZB darüber hinaus im Zuge ihrer Refinanzierungsgeschäfte mit den europäischen Geschäftsbanken erhebliche Risiken in ihre Bilanz genommen hat, für die letztlich die Steuerzahler aufkommen müssen, könnten die Staatsschulden Deutschlands merklich ansteigen. Dies könnte höhere Risikoprämien für deutsche Staatsanleihen nach sich ziehen und damit die Finanzierungskosten öffentlicher Schuldner in Deutschland erhöhen. Zudem würde die Rückführung der Staatsschuldenquote zusätzliche Konsolidierungsbemühungen erfordern, die den Aufschwung bremsen.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2011. Vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, et al., ifo Konjunkturprognose 011/2012: Aufschwung geht langsamer voran, in: ifo Schnelldienst, 13/2011, 64. Jg., S. 16–62.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2011/2012: Inlandsnachfrage stützt den Aufschwung

Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann*

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Nachdem die Weltwirtschaft seit Mitte des Jahres 2010 an konjunkturellem Tempo verloren hat, ist diese dynamisch in das Jahr 2011 gestartet. Die positive konjunkturelle Grundtendenz dürfte im weiteren Jahresverlauf erhalten bleiben, wenn auch etwas schwächer als zu Jahresbeginn. Dabei gibt es allerdings teilweise erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländergruppen und Regionen. Während die so genannten Schwellenländer auch weiterhin überdurchschnittlich stark expandieren, erholen sich die fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit einer etwas geringeren Dynamik von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Der Prognose des IFO INSTITUTS vom 29. Juni 2011 zufolge dürften die konjunkturellen Auftriebskräfte in der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum leicht an Tempo verlieren. Dies liegt zum einen an der sich verstärkenden restriktiven Wirtschaftspolitik in den Schwellenländern zur Vermeidung konjunktureller Überhitzungstendenzen und verstärkten Inflationsdrucks. Zum anderen bremsen die in den Industrieländern einsetzenden Konsolidierungsbemühungen im öffentlichen Sektor die gesamtwirtschaftliche Expansion. Alles in allem ist damit zu rechnen, dass die weltweite Produktion im laufenden und kommenden Jahr voraussichtlich jeweils um 4,2 % zunehmen wird.

Der Aufschwung in Deutschland hat sich im vergangenen Winterhalbjahr 2010/2011 mit hohem Tempo fortgesetzt. Im ersten Quartal 2011 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt nach Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES gegenüber dem Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um 1,5 %. Diese hohe Dynamik kann im weiteren Verlauf des Jahres 2011 voraussichtlich nicht gehalten werden; dennoch bleibt die positive konjunkturelle Grundtendenz erhalten. Tragende Stützen sind vor allem die weiterhin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, eine robuste Auslandsnachfrage sowie die sehr gute Lage am deutschen Arbeitsmarkt. Für das Jahr 2011 erwartet das IFO INSTITUT demzufolge einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 3,3 %. Im kommenden Jahr bleibt die konjunkturelle Entwicklung aufwärtsgerichtet, auch wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion u. a. aufgrund steigender Zinssätze und forcierter Konsolidierungsbemühungen in den öffentlichen Haushalten gegenüber den Jahren 2010 und 2011

mit einer Zuwachsrate von 2,3 % etwas schwächer expandieren dürfte [vgl. NIERHAUS (2011a)].

Die konjunkturelle Erholung dürfte die Lage am deutschen Arbeitsmarkt auch in Zukunft weiter verbessern. Im Durchschnitt des Jahres 2011 wird sich die Zahl der erwerbstätigen Personen in Deutschland voraussichtlich um 490.000 Personen oder 1,2 % gegenüber dem Jahr 2010 erhöhen. Im kommenden Jahr dürfte die Erwerbstätigkeit um 315.000 Personen zunehmen.

Nachfolgend werden die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturprognose der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS vorgestellt. Zunächst wird die konjunkturelle Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer (mit Berlin) näher dargestellt. Anschließend erfolgt eine Erörterung der Besonderheiten der sächsischen Wirtschaft. Der Beitrag schließt mit Ausführungen hinsichtlich des sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarktes.

Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

2010: Verhaltenerer Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenüber Deutschland im Nachkrisenjahr ...

Die ostdeutsche Wirtschaft konnte im Jahr 2010 im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt nicht ganz so stark am globalen Aufschwung partizipieren. Nach Angaben der 1. Fortschreibung des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER) stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) im abgelaufenen Jahr um 2,2 % und damit schwächer als in den westdeutschen Bundesländern (3,9 %). Da die gesamtwirtschaftliche Erholung des letzten Jahres überwiegend auf die hohe Ausfuhrdynamik zurückzuführen war, verhinderte die Ausrichtung der ostdeutschen Unternehmen auf inländische Absatzmärkte eine stärkere Zunahme des Bruttoinlandsprodukts. Zudem wurde in der Wirtschaftskrise ein stärkerer Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion dadurch vermieden, dass die fortwährenden Transferzuflüsse stabilisierend wirkten. Dieser schwächere Einbruch hat jetzt freilich auch die

* Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des Ifo Instituts.

Potenziale für eine Erholung begrenzt. Darüber hinaus dürfte sich die schrumpfende Bevölkerung dämpfend ausgewirkt haben.

... lässt eine stärkere Expansion in 2011 erwarten

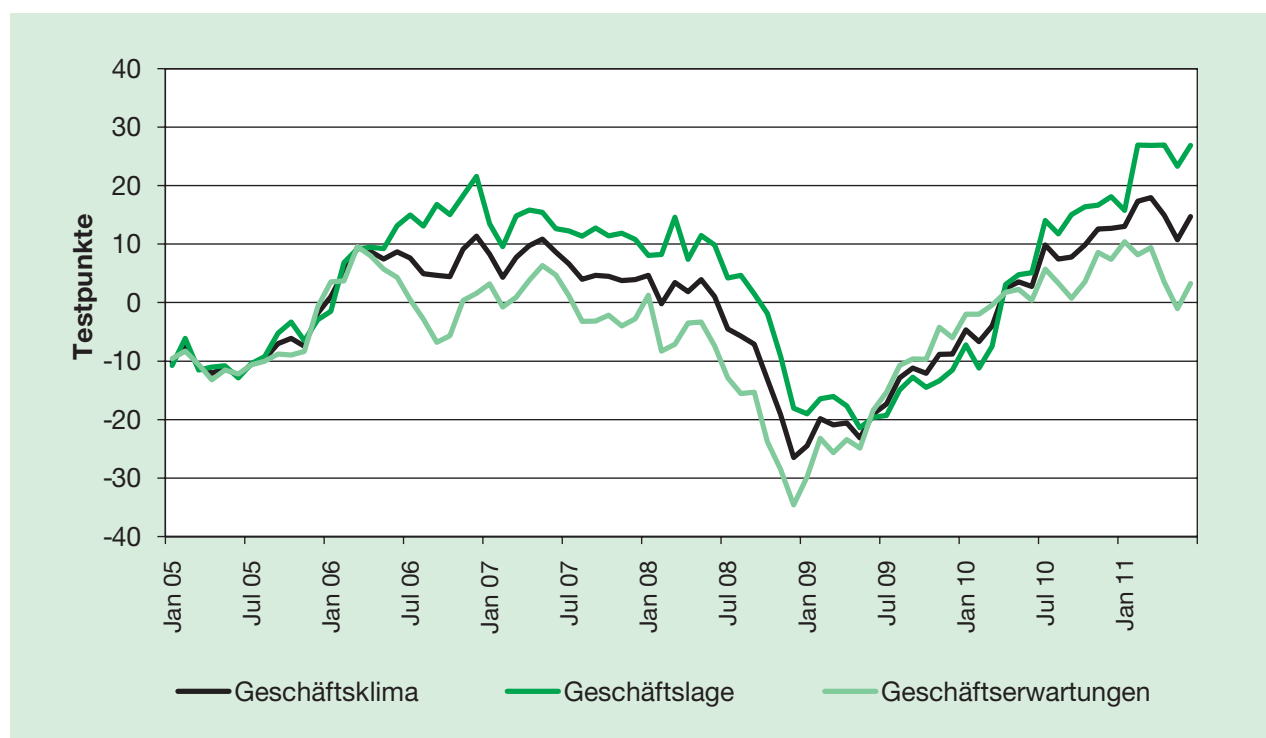
Der im vergangenen Jahr beobachtete Aufschwung setzt sich im Jahr 2011 beschleunigt fort. Hierauf deuten die Ergebnisse des vom IFO INSTITUT monatlich durchgeführten ifo Konjunkturtests hin. Ihre derzeitige Geschäftslage beurteilen die Unternehmen weiterhin als sehr gut. Demzufolge dürfte die Wirtschaftsleistung insbesondere in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2011 deutlich zugelegt haben. In den Erwartungen an die zukünftigen Geschäfte zeigte sich jüngst wieder mehr Optimismus. Der Verlauf der Geschäftserwartungen deutet auf eine nachlassende Dynamik in der zweiten Jahreshälfte 2011 hin. Das Geschäftsklima in der Gewerblichen Wirtschaft¹ Ostdeutschlands verharrt seit Jahresbeginn 2011 über dem Höchstniveau der Jahre 2006/2007 (vgl. Abb. 1).

Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands dürfte von den guten konjunkturellen Vorzeichen profitieren. Der ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands weist seit ungefähr einem Dreivierteljahr annähernd die Spitzenwerte auf, wie sie in den Boomjahren 2006/2007 beobachtet

wurden. Zudem liegt die Kapazitätsauslastung mit 84 % über dem langjährigen Durchschnitt. Nach Angaben der amtlichen Statistik stieg der kumulierte Umsatz der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in den ersten fünf Monaten des aktuellen Jahres gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 16,7 % [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2011b)]. Dabei kamen die Impulse sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland (vgl. Tab. 1).

Hohe Zuwachsraten verzeichneten vor allem die Hersteller von Vorleistungs- und Verbrauchsgütern. Diese beiden Hauptgruppen erwirtschaften rund 60 % des Gesamtumsatzes im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe. Auch die Investitionsgüterproduzenten konnten ihren kumulativen Umsatz steigern, wenngleich mit 15,9 % etwas weniger stark als im westdeutschen Durchschnitt (17,3 %). Für das Jahr 2011 ist davon auszugehen, dass die gesamtwirtschaftliche Expansion insbesondere von den Investitionen und der Auslandsnachfrage getrieben wird. Die ostdeutschen Unternehmen profitieren davon aber nicht ganz so stark im Vergleich zu Westdeutschland. Zum einen besitzen die Investitionsgüterproduzenten in der hiesigen Wirtschaft einen geringeren Anteil, und zum anderen ist die Exportquote² (Januar bis Mai 2011: 34,5 %) weiterhin deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (47,8 %) [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2011b) und Tab. 1]. Dies

Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der Gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte)



Quelle: ifo Konjunkturtest, Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 1: Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe: Ostdeutschland, Sachsen und Deutschland im Vergleich

Veränderungen im Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen	Deutschland
Inlandsumsatz	16,2	14,8	16,4
Auslandsumsatz	17,6	20,0	18,4
Gesamtumsatz	16,7	16,8	17,3
Exportquote ^b	34,5	39,0	46,4

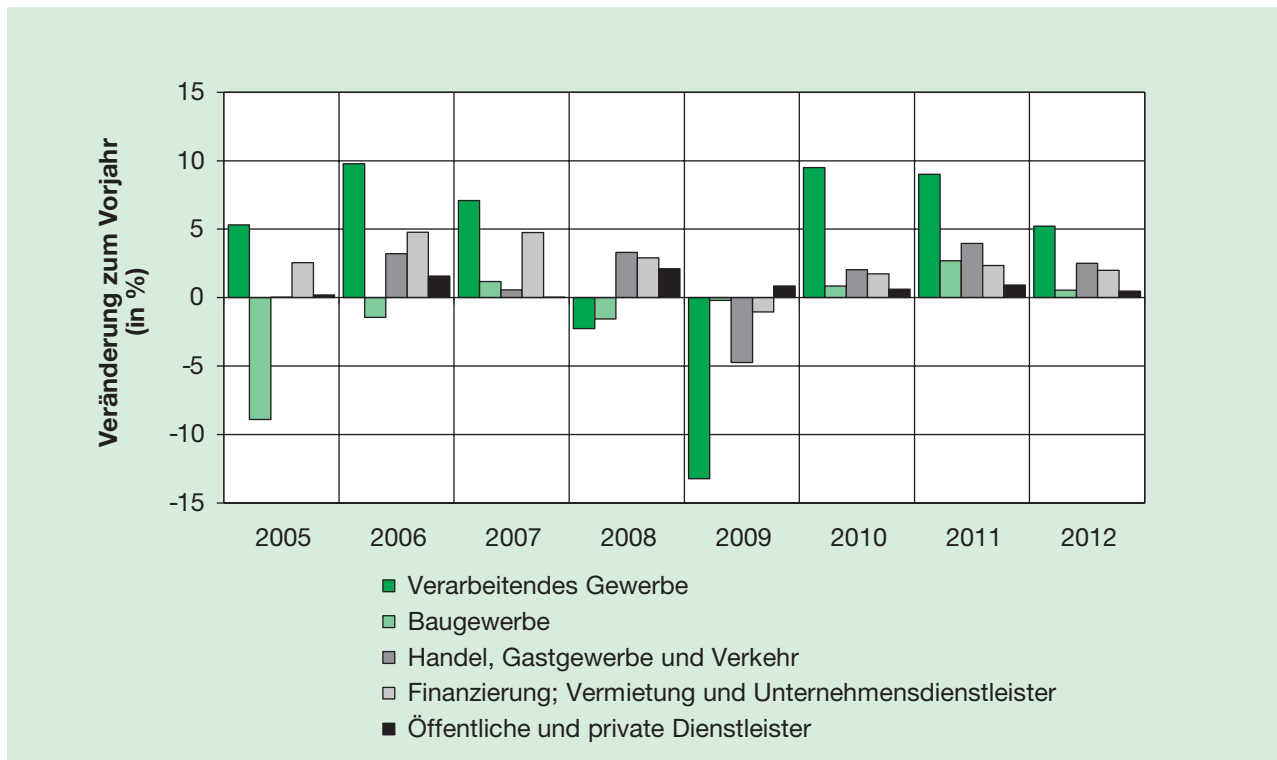
a) Dargestellt sind die Veränderungsdaten der im Zeitraum Januar 2011 bis Mai 2011 kumulierten Umsätze zu dem entsprechenden Wert im Vorjahr. – b) Verhältnis aus Auslands- zu Gesamtumsatz.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2011b).

dämpft die Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe. Dem entgegen wirken jedoch die Impulse durch die Vorleistungsgüterproduzenten, die von vermehrten Lieferungen an die Industriebetriebe in Westdeutschland profitieren können. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 9,0 % steigen dürfte (vgl. Abb. 2).

Neben der ostdeutschen Industrie konnte vor allem das Baugewerbe in den ersten Monaten des Jahres 2011

deutlich zulegen. Dies ist zum einen auf Nachholeffekte nach den witterungsbedingten Produktionsausfällen im vierten Quartal 2010 zurückzuführen. Zum anderen ist eine positive Grundtendenz im ostdeutschen Baugewerbe erkennbar. Darauf weisen nicht nur die Meldungen der befragten Baufirmen im ifo Konjunkturtest hin, sondern auch die Daten der amtlichen Statistik. Der baugewerbliche Umsatz der Monatsmelder³ im Bauhauptgewerbe lag im Zeitraum von Januar bis April 2011 mit 24,0 % deutlich über dem vergleichbaren Vorjahresniveau (vgl. Tab. 2).

Abbildung 2: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011), 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 2: Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe: Ostdeutschland, Sachsen und Deutschland im Vergleich

Veränderungen im Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)	Sachsen	Deutschland
Wohnungsbau	29,8	39,2	35,1
Wirtschaftsbau	25,3	26,9	22,5
Öffentlicher Bau (inkl. Straßenbau)	20,3	22,8	18,4
Bauhauptgewerbe insgesamt	24,0	26,2	23,1

a) Dargestellt sind die Veränderungsdaten der im Zeitraum Januar 2011 bis April 2011 kumulierten Umsätze zu dem entsprechenden Wert im Vorjahr.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2011a), Berechnungen des ifo Instituts.

Dieser Anstieg zog sich durch alle Bausparten hindurch, wobei die höchste Steigerungsrate beim Wohnungsbau beobachtbar war (29,8 %). Neben den Umsatzzuwächsen wurden zudem im ersten Quartal dieses Jahres mehr Baugenehmigungen in nahezu allen ostdeutschen Bundesländern erteilt. Im Jahresverlauf 2011 zeigen sich im Bauhauptgewerbe dennoch unterschiedliche Tendenzen. Der Wohnungsbau wird weiterhin von sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und einer guten Lage am Arbeitsmarkt stimuliert. Die positive Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte Bauprojekte im Wirtschaftsbau nach sich ziehen, die vor allem durch Erweiterungsinvestitionen der Industrieunternehmen ausgelöst werden. Beim öffentlichen Bau ist davon auszugehen, dass sich langsam die dämpfenden Effekte durch das Auslaufen des Konjunkturpaketes II bemerkbar machen; der kumulative Auftragseingang in den ersten vier Monaten des aktuellen Jahres ist um -15,5 % unter den Vorjahreswert gesunken. Alles in allem dürfte die reale Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe im Jahr 2011 um 2,7 % expandieren (vgl. Abb. 2).

Nicht nur der Industrie- und der Bausektor erfahren eine positive konjunkturelle Entwicklung, auch die Dienstleistungsbereiche profitieren vom gesamtwirtschaftlichen Aufschwung. So dürfte die gute Industriekonjunktur zu einem deutlich erhöhten Transportaufkommen führen. Auch im Handel zeigen sich positive konjunkturelle Tendenzen, wenn auch in den einzelnen Handelsabteilungen in unterschiedlicher Intensität. Während die nominalen Erlöse im Groß- sowie Kfz-Handel im ersten Quartal 2011 gegenüber dem Vorjahresquartal jeweils im zweistelligen Bereich expandierten (16,2 % und 15,9 %), stieg der Umsatz im Einzelhandel lediglich um 1,7 %. Neben der positiven konjunkturellen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, an die insbesondere der Produktionsverbindungshandel gekoppelt ist, wird der private Konsum, getragen von guten Beschäftigungsaussichten und den günstigen Einkommensaussichten, sowohl den Ein-

zelhandel als auch die Tourismusbranche stimulieren. Für das gesamte Jahr 2011 dürfte der Anstieg der um Preissteigerungen bereinigten Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Ostdeutschland 4,0 % betragen (vgl. Abb. 2).

Auch im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wird es voraussichtlich zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung im Jahr 2011 kommen. Der gesteigerte Auslastungsgrad in der ostdeutschen Industrie erhöht zum einen die Nachfrage der Firmen nach unternehmensnahen Dienstleistungen und stimuliert zum anderen den Bereich der Vermietung. Insgesamt wird von einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von 2,4 % gegenüber dem Vorjahr ausgegangen (vgl. Abb. 2).

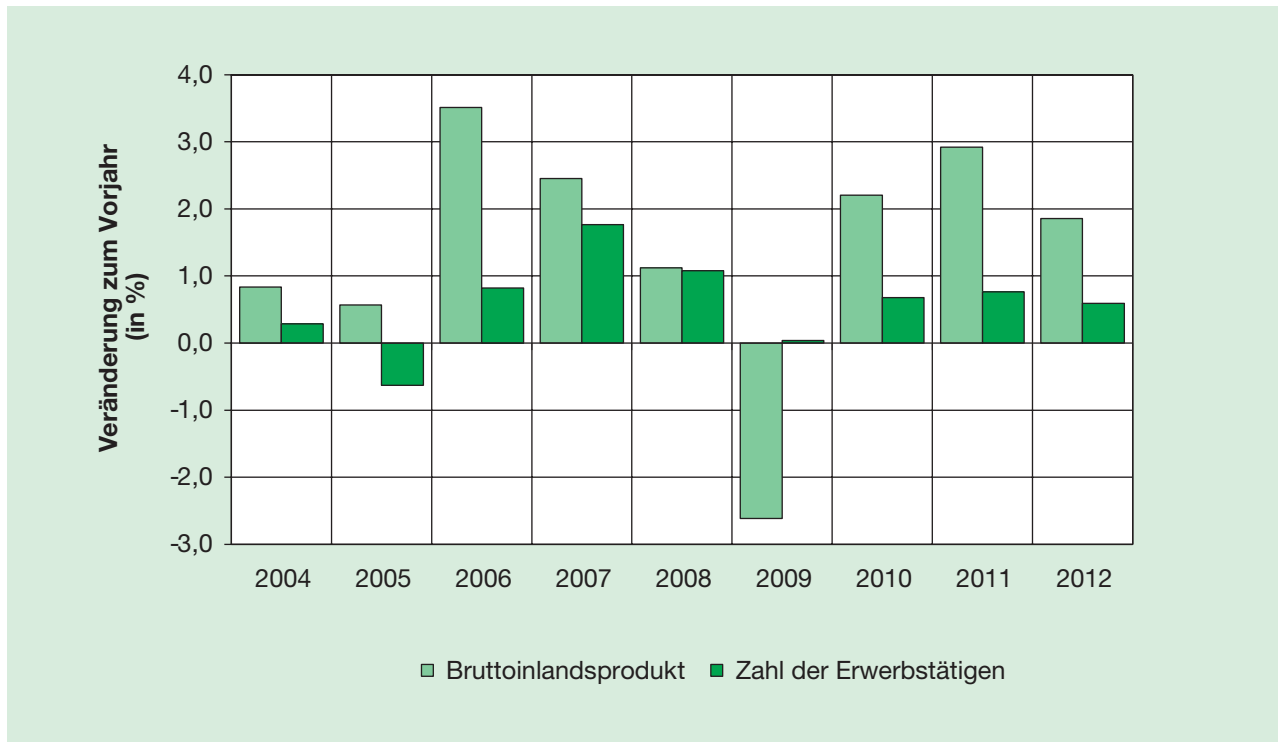
Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister wirken vor allem die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte restriktiv. Trotz der verbesserten Perspektiven durch die jüngste Steuerschätzung wird davon ausgegangen, dass kein nennenswerter Impuls vom öffentlichen Sektor ausgeht. Positiv auf diesen Bereich wirkt vor allem die Entwicklung im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie bei den privaten Dienstleistern aufgrund der sich verbessernden Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation der privaten Haushalte. Es ist davon auszugehen, dass die Bruttowertschöpfung voraussichtlich um 0,9 % steigen wird (vgl. Abb. 2).

Alles in allem wird sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt um 3,2 % erhöhen. Unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung von Gütersteuern und -subventionen wächst das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland (mit Berlin) im Jahr 2011 um 2,9 % gegenüber dem Vorjahr (vgl. Abb. 3).

2012: Normalisierung der konjunkturellen Dynamik

Im kommenden Jahr 2012 ist damit zu rechnen, dass sich die konjunkturelle Dynamik abschwächen wird. Zum einen

Abbildung 3: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011), Arbeitskreis ETR des Bundes der Länder (2011), 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

ist dies bedingt durch das moderat nachlassende Tempo der Weltwirtschaft. Zum anderen steht für die öffentlichen Haushalte weiterhin das Ziel der Konsolidierung an oberster Stelle, wodurch der öffentliche Sektor im nächsten Jahr dämpfend wirken wird. Aufgrund der Normalisierung der Export- sowie Investitionsdynamik werden die Impulse speziell aus dem Verarbeitenden Gewerbe schwächer ausfallen als im Jahr 2011. Dennoch ist davon auszugehen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der Industrie im Jahr 2012 um 5,2% expandieren wird (vgl. Abb. 2). Eine Abschwächung der Dynamik wird sich auch im Baugewerbe zeigen. Der Wohnungsbau dürfte auch im kommenden Jahr weiterhin von niedrigen Zinsen und steigenden Realeinkommen profitieren. Dies gilt gleichermaßen für den Wirtschaftsbau. Positiv wirken zudem die guten Ertragsperspektiven der Unternehmen. Der Bereich des öffentlichen Baus dürfte im kommenden Jahr dieser positiven Entwicklung voraussichtlich entgegen wirken. Zwar ist von einer Verbesserung der kommunalen Haushaltslage auszugehen, dies dürfte aber nur eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau nach sich ziehen. Alles in allem ist davon auszugehen, dass sich die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im Jahr 2012 um 0,5% gegenüber dem Vorjahr erhöhen wird. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr ist im kommenden Jahr mit einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung

um 2,5% zu rechnen. Insbesondere der Verkehrssektor sowie der Großhandel dürften dabei nur noch moderat expandieren, während der Einzelhandel sowie der Tourismus weiterhin von den steigenden privaten Konsumausgaben partizipieren. Das Expansionstempo der öffentlichen und privaten Dienstleister wird sich voraussichtlich auch abschwächen, da in diesem Bereich in besonderem Maße die Konsolidierungsbemühungen spürbar werden. Für das Gesamtjahr 2012 ist daher davon auszugehen, dass das Bruttoinlandsprodukt mit 1,9% schwächer wachsen wird als 2011 (vgl. Abb. 3).

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

2011: Investitionsgüter und Auslandsnachfrage entscheidend

Auch im Freistaat Sachsen expandierte die Wirtschaftsleistung im Nachkrisenjahr nur verhalten im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg mit 1,9% sogar schwächer als in Ostdeutschland insgesamt (2,2%). Insbesondere die Hersteller von Maschinen und anderen Ausrüstungsgütern konnten angesichts der Zurückhaltung der Investoren ihre Produktion nur wenig steigern.

Auf Basis erster Berechnungen des IFO INSTITUTS dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Freistaat Sachsen im ersten Quartal 2011 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen sein [vgl. NIERHAUS (2011b)]. Dies ist ebenso wie in den ostdeutschen Bundesländern auf Nachholeffekte in Bau-, Verkehrs- und Industriesektor zurückzuführen. Wie auch in Ostdeutschland sowie Deutschland insgesamt ist davon auszugehen, dass die konjunkturellen Vorzeichen auch im Freistaat Sachsen positiv bleiben.

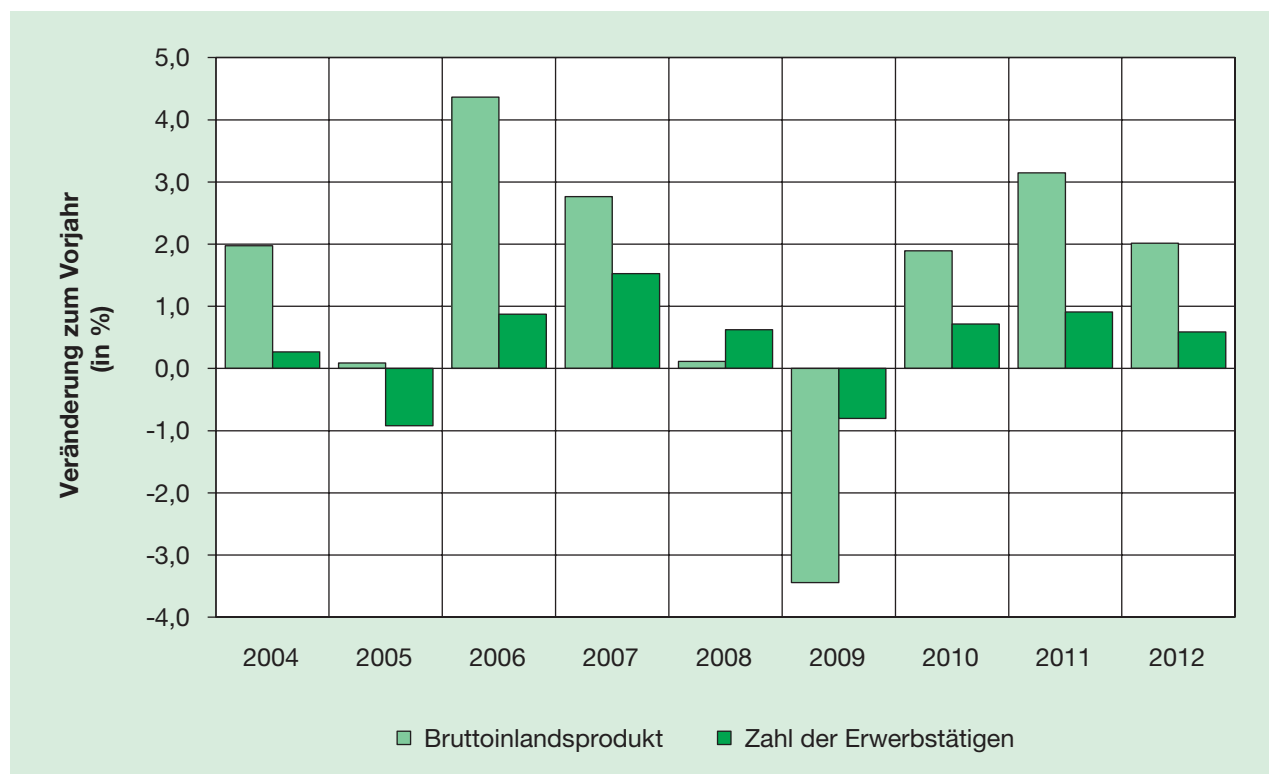
Das IFO INSTITUT geht davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2011 mit 3,1 % etwas stärker expandieren wird als im ostdeutschen Durchschnitt (vgl. Abb. 4).

Maßgeblich dafür ist vor allem die stärkere Präsenz des Verarbeitenden Gewerbes im Freistaat, denn der Wertschöpfungsanteil der Industrie ist hierzulande höher als in den meisten anderen ostdeutschen Ländern. Weiterhin zeichnet sich das sächsische Verarbeitende Gewerbe durch eine höhere Exportquote sowie eine stärkere Spezialisierung auf die Herstellung von Investitionsgütern aus. All dies begünstigt das sächsische Verarbeitende Gewerbe gegenüber anderen ostdeutschen Ländern. Nach Angaben der amtlichen Statistik stieg der kumulative Umsatz der Monatsmelder in den ersten fünf

Monaten des Jahres 2011 um 16,8 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Auch die Auftrags-eingänge und der ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe Sachsens signalisieren ein sehr gutes konjunkturelles Grundklima. Es ist daher davon auszugehen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens im laufenden Jahr um 10,4 % und damit etwas stärker als im ostdeutschen Durchschnitt zulegen dürfte (vgl. Abb. 5).

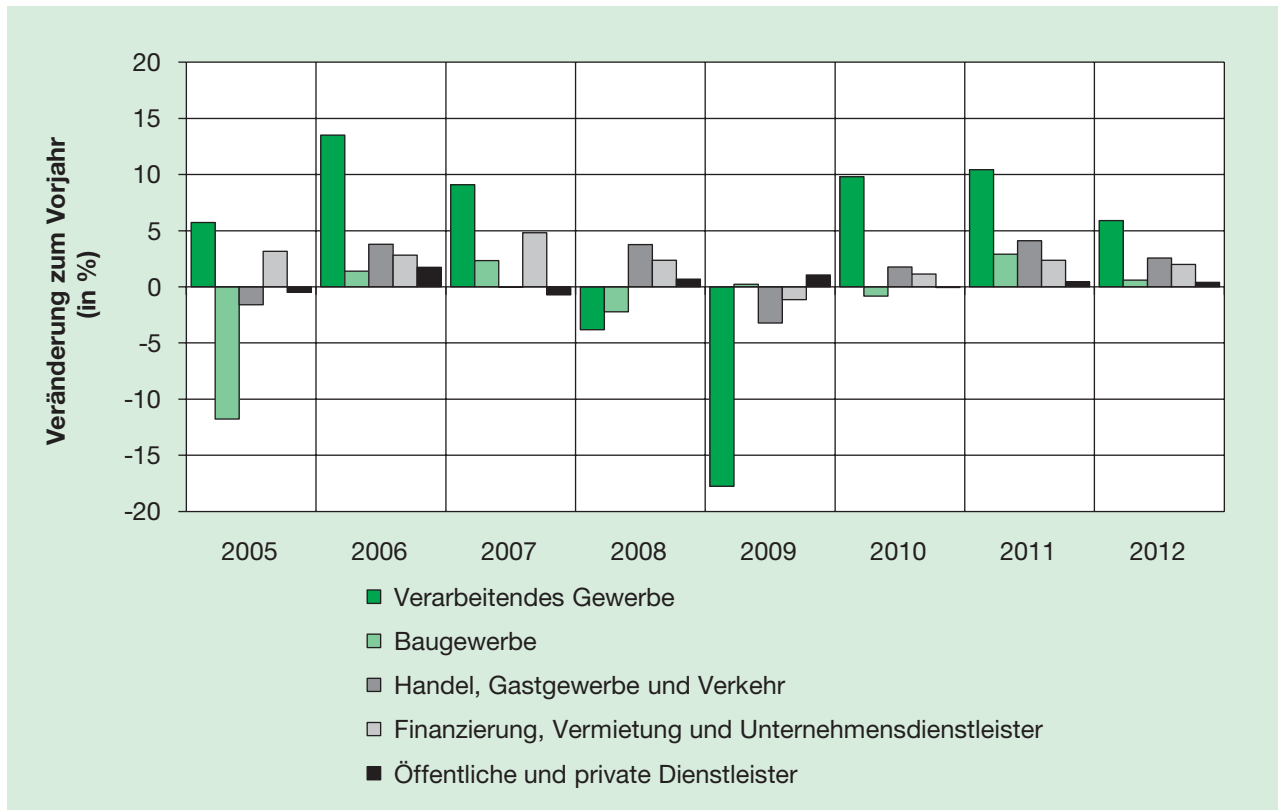
Für das sächsische Baugewerbe wird eine ähnliche, aber geringfügig stärkere Entwicklung als in Ostdeutschland unterstellt. Dies hat unterschiedliche Gründe. Erstens wird der Wirtschaftsbau aufgrund der besseren Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe stärker expandieren. Zweitens ist die Haushaltslage des Freistaates Sachsens nicht so sehr angespannt wie in einigen anderen ostdeutschen Bundesländern, wodurch die öffentliche Bausparte weniger bremsend wirken dürfte. Drittens hat die sächsische Regierung weitere zusätzliche Mittel für den Straßenbau bewilligt; zugleich sind nach Angaben des SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUM DES INNEREN erst 77,5 % der Mittel des Konjunkturprogramms II ausgeschöpft worden. Insgesamt wird die Bruttowertschöpfung des sächsischen Baugewerbes im Jahr 2011 voraussichtlich um 2,9 % steigen (vgl. Abb. 5). Weitere

Abbildung 4: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2011), 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2011), 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

positive Impulse für die sächsische Wirtschaft kommen aus dem Bereich Handel und Gastgewerbe, welches von der Ausrichtung kultureller und sportlicher Großveranstaltungen profitieren dürfte. Positiv wirkt sich hier auch aus, dass der private Konsum dank fortgesetzten Beschäftigungsaufbaus und bereits realisierter bzw. zu erwartender Tariflohnerhöhungen weiter zunimmt.

2012: Aufschwung weniger dynamisch als 2011

Für das Jahr 2012 wird im Einklang mit der gesamtdeutschen und ostdeutschen Konjunktur auch in Sachsen eine Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik erwartet. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird wegen der sich normalisierenden Exportnachfrage einerseits und der weiterhin hohen Investitionsgüternachfrage andererseits voraussichtlich nur noch um 5,9% wachsen. Im Energiesektor wird die für das kommende Jahr geplante Inbetriebnahme des Blocks R im Kraftwerk Boxberg einen positiven Impuls setzen. Vom Baugewerbe werden im nächsten Jahr mit 0,6% hingegen etwas schwächere Impulse ausgehen. Auch die Dynamik im Handel wird sich gegenüber 2011 verlangsamen. Dies ist auf die moderatere Industrie-

dynamik zurückzuführen. Leicht schwächere Impulse kommen aus dem Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister, da zu erwarten ist, dass der Freistaat Sachsen seinen bisherigen und vergleichsweise strikten Konsolidierungskurs weiter fortsetzen wird. Insgesamt prognostiziert das IFO INSTITUT einen Anstieg des sächsischen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2012 von 2,0% (vgl. Tab. 3).

Entwicklung auf dem sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt

Nach Ergebnissen des ARBEITSKREISES ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER für das erste Quartal 2011 hat sich die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) im Vorjahresvergleich um 0,7% erhöht. Etwas stärker war mit einem Zuwachs um 0,9% die Arbeitsmarktdynamik in Sachsen [vgl. STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (2011)]. Auch die Zahlen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT stützen diese Einschätzung einer positiven Entwicklung am ostdeutschen und sächsischen Arbeitsmarkt. Für das Jahr 2011 hat das IFO INSTITUT daher seine Beschäftigungsprognose angehoben. Aktuell wird für das Jahr 2011 mit einer Zu-

Tabelle 3: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,9	1,9	1,9	3,1	2,0
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	2,5	3,2	2,0	2,2	3,5	2,2
Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes	9,5	9,0	5,2	9,8	10,4	5,9
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	0,8	2,7	0,5	-0,8	2,9	0,6
Bruttowertschöpfung Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,1	4,0	2,5	1,8	4,1	2,6
Bruttowertschöpfung Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,7	2,4	2,0	1,1	2,4	2,0
Bruttowertschöpfung öffentliche und private Dienstleister	0,6	0,9	0,5	-0,1	0,5	0,4
Zahl der Erwerbstätigen	0,7	0,8	0,6	0,7	0,9	0,6

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

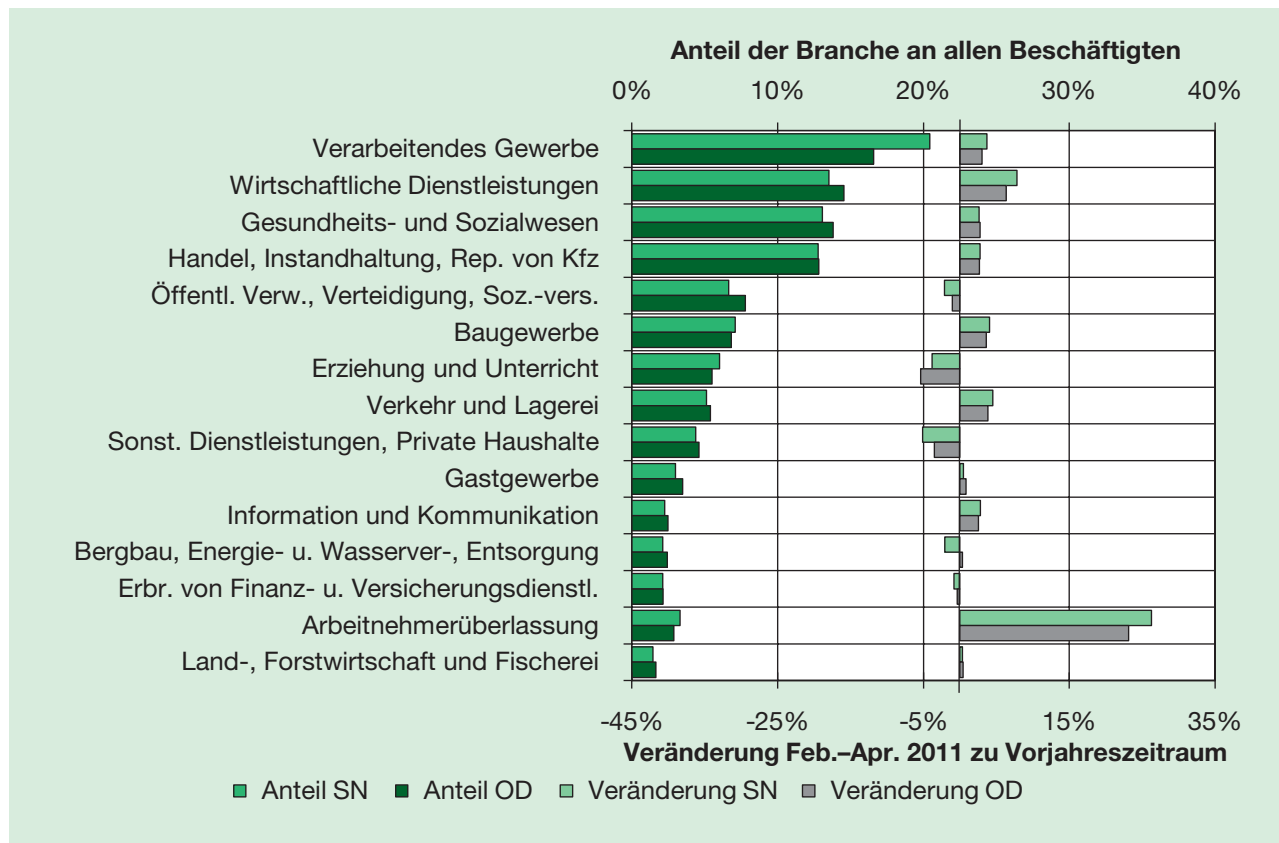
Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2011), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2011), 2011 und 2012: Prognose des ifo Instituts.

nahme der Zahl der Erwerbstätigen um 0,8 % in Ostdeutschland gerechnet; für Sachsen ist aufgrund von stärkeren Wachstumsimpulsen aus dem Verarbeitenden Gewerbe sogar noch mit einer geringfügig höheren Beschäftigungszunahme (0,9 %) zu rechnen (vgl. Tab. 3). Sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland fällt die Zunahme der Beschäftigung im Jahr 2011 damit aber geringer aus als in Gesamtdeutschland (1,2 %). Hintergrund sind die deutlich größeren Wachstumsimpulse der Exportindustrie im Westen. Im Jahr 2012 wird der Beschäftigungszuwachs sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland (mit Berlin) mit 0,6 % etwas geringer ausfallen als im laufenden Jahr. Damit wird annähernd die gleiche Wachstumsrate der Beschäftigung wie in Gesamtdeutschland erzielt. Mit der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und der guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden auch die Löhne weiter steigen. Die steigenden Realeinkommen und die damit einhergehende wachsende Kaufkraft wirken sich dabei zunehmend positiv auf die Binnennachfrage aus. Dies könnte die ostdeutsche Wirtschaft stärken, da diese im Vergleich zu Westdeutschland eine schwächere Auslandsausrichtung aufweist und somit mehr von der Binnennachfrage profitiert.

Der aktuelle wirtschaftliche Aufschwung, welcher in seinen Ausmaßen seit der Wiedervereinigung einmalig ist und der sich bis 2012 fortsetzen wird, ist folglich von zwei Säulen gestützt. Zum einen hat die Exportindustrie das Krisental bereits wieder durchschritten und zum anderen stützt eine sehr solide Binnennachfrage die Konjunktur. Beides kann auch mit den aktuellen Zahlen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT für Ostdeutschland und Sachsen untermauert werden. So verzeichnete das eher exportabhängige Verarbeitende Gewerbe von Februar bis April 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von 3,0 % in Ostdeutschland und 3,7 % in Sachsen (vgl. Abb. 6).

Dieser Wirtschaftszweig bleibt in seiner Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung damit weiterhin führend in Sachsen und Ostdeutschland, wobei sich die vergleichsweise stärkere sächsische Industrie in einem größeren Beschäftigungsanteil widerspiegelt (20,4 % zu 16,6 %). Der Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe beflügelt darüber hinaus auch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, insbesondere im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung. In Sachsen wurde hier im Zeitraum Februar bis April 2011

Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2011b), Berechnungen des ifo Instituts.

ein Plus von 26,3 %, in Ostdeutschland von 23,2 %, verzeichnet. Damit liegt der Anteil dieses Sektors an der Gesamtbeschäftigung in Sachsen inzwischen bei 3,3 %; in Ostdeutschland insgesamt sind es 2,9 %. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Beschäftigungsaufbau insgesamt vor allem durch die Schaffung regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in den sonstigen Wirtschaftsbereichen getragen wird. Einzig in den drei kleinsten Wirtschaftszweigen (Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung; Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; Land-, Forstwirtschaft und Fischerei) ist ein leichter Beschäftigungsabbau zu erkennen.

Auch im öffentlichen Sektor wurde Beschäftigung abgebaut. Darin spiegeln sich die fortlaufenden Konsolidierungsbemühungen der ostdeutschen Bundesländer wieder, welche sich auf das Auslaufen des Solidarpaktes bis 2019 und das Greifen der staatlichen Schuldenbremse einstellen müssen.

Einstellige Arbeitslosenquoten im Osten möglich

Die Zunahme der Beschäftigung geht unmittelbar mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit einher. Für 2011 rechnet

das IFO INSTITUT für Gesamtdeutschland mit einer Arbeitslosenquote von 7,0 % [vgl. NIERHAUS (2011a)]. 2012 wird ein weiterer Rückgang auf 6,4 % prognostiziert. In Sachsen und Ostdeutschland kann seit Ende 2009 ein kontinuierlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit beobachtet werden. Im Juni 2011 lag die Quote in Ostdeutschland bei nur noch 10,9 %, in Sachsen sogar bei 10,3 % [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2011a)]. Die anhaltende wirtschaftliche Dynamik könnte die Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland daher bis 2012 unter 10 % drücken, wobei dies in Sachsen wahrscheinlich eher erreicht werden kann. Aktuell weist Thüringen als einziges ostdeutsches Bundesland eine Quote von unter 10 % aus (8,4 %).

Sowohl die anhaltende Stärke der Exportindustrie als auch die anziehenden Ausrüstungsinvestitionen und eine kontinuierlich steigende Konsumnachfrage im Inland werden weiterhin für eine steigende Arbeitsnachfrage seitens der Unternehmen sorgen. In Ostdeutschland kann sich daraus auf mittlere Sicht ein neues Problem für die Unternehmen auftun: der Fachkräftemangel. Rechnungen des IFO INSTITUTS zeigen, dass zwischen 2012 und 2016 von einer Abnahme des Erwerbspersonenpotenzials von über 6 % in Ostdeutschland ausgegangen werden kann [vgl. RAGNITZ (2011)]. Angesichts der damit

verbundenen Schwierigkeiten zur Deckung des Personalbedarfs könnte das Wachstum gebremst werden. Eine Anpassung der Personal- und Rekrutierungsstrategien ist daher sinnvoll, um die positive wirtschaftliche Entwicklung nicht zu gefährden.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2011): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2010, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2010/Februar 2011, erschienen im März 2011.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2011): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-Regionen Deutschlands 1991 bis 2010, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2010/Februar 2011, erschienen im März 2011.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2011a): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslose nach Rechtskreisen, Deutschland nach Ländern Juni 2011, Nürnberg, Juni 2011.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2011b): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftlicher Gliederung (WZ 2008) April 2011, Nürnberg, Juni 2011.
- NIERHAUS, W. (2011a): Deutschlandprognose 2011/2012: Aufschwung kommt langsamer voran. In: ifo Dresden berichtet 4/2011; S. 3–11.
- NIERHAUS, W. (2011b): Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2011. In: ifo Dresden berichtet 4/2011; S. 33–34.
- RAGNITZ, J. (2011): Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung: Implikationen der demographischen Entwicklung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. In: ifo Dresden berichtet 2/2011; S. 3–6.
- STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (2011): Erwerbstätige in Mecklenburg-Vorpommern – Vierteljahres- und Jahresergebnisse 2001 bis 2011, Statistischer Bericht A663Q 2011 41, Schwerin, Juli 2011.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2011a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u.m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 12. Juli 2011.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2011b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Mai 2011, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im Juli 2011.

¹ Im Rahmen des ifo Konjunkturtests wird mit „Gewerblicher Wirtschaft“ die Aggregation der Umfrageergebnisse aus den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe sowie Groß- und Einzelhandel bezeichnet.

² Die Exportquote bezeichnet das Verhältnis aus Auslands- zu Gesamtumsatz der Betriebe mit 50 und mehr Personen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden.

² Die so genannten Monatsmelder umfassen alle Baufirmen mit 20 und mehr Personen.

Finanzierungssituation der sächsischen Handwerksunternehmen

Johannes Steinbrecher und Patrick Zwerschke*

Einleitung

Das Handwerk ist einer der vielseitigsten Wirtschaftsbereiche Deutschlands und mit seinen vielen kleinen und mittelgroßen Betrieben ein Kernstück der deutschen Wirtschaft. Ein wirtschaftlich gesundes Handwerk ist darüber hinaus ein wichtiger Standortfaktor für die regionale Wirtschaft. Auch für den Freistaat Sachsen hat das Handwerk somit eine zentrale Bedeutung. Eine wichtige Einflussgröße auf die Situation des Handwerks ist dessen Finanzierungsumfeld und -verhalten, da Handwerksbetriebe im Allgemeinen mit unternehmens- und branchenstrukturellen Problemen bei der Unternehmensfinanzierung zu kämpfen haben [vgl. RIDINGER (2001), ZDH (2001)]. Eine Untersuchung der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS im Auftrag des SÄCHSISCHEN HANDWERKSTAGES (SHT) gibt Einblicke in die Finanzierungssituation der Handwerksbetriebe im Zeitraum vom Juni 2009 bis Juni 2010 und diskutiert, inwiefern sich diese verbessern lässt. Die zentralen Ergebnisse der Studie werden im vorliegenden Artikel zusammengefasst.

Im Verlauf der zurückliegenden Wirtschaftskrise zeigte sich, dass das Handwerk den starken wirtschaftlichen Einbruch bemerkenswert gut überstanden hat [vgl. CREDITREFORM (2010), ZDH (2010)]. Auch konnten keine Rückschlüsse auf strukturelle Finanzierungshemmnisse aus den Entwicklungen während der Finanzkrise gezogen werden [vgl. KfW (2010)]. Einschränkend gilt es in diesem Zusammenhang jedoch zu bemerken, dass diese Erkenntnisse nicht für regionale Ebenen gewonnen werden konnten, sondern die gesamtdeutsche Entwicklung reflektieren.

Hinsichtlich des Finanzierungsverhaltens von Handwerksbetrieben liegen Ergebnisse bislang ebenfalls vorrangig auf nationaler Ebene vor. So deuten aktuelle empirische Befunde zwar darauf hin, dass die Handwerksunternehmen nach wie vor eine starke Präferenz für die Selbstfinanzierung aufweisen, gefolgt von der klassischen Kreditfinanzierung.¹ Allerdings zeigt sich auch, dass das Finanzierungsverhalten der Unternehmen stark von spezifischen Unternehmenscharakteristika (Alter, Größe, Branche etc.) geprägt ist. Aktuelle und regional fundierte Ergebnisse, insbesondere für das sächsische Handwerk, liegen nicht vor.

Um die Finanzierungssituation des Handwerks in Sachsen nachvollziehen zu können, wurde deshalb im

Rahmen des Gutachtens eine Befragung sächsischer Handwerksunternehmen durchgeführt. Den Ergebnissen wurden die Einschätzungen von Experten der sächsischen Kreditwirtschaft gegenübergestellt, die im Rahmen von Interviews zur Finanzierungssituation des Handwerks befragt wurden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse können Rückschlüsse auf die gegenwärtige und zukünftige Finanzierungssituation der sächsischen Handwerksunternehmen gezogen werden.

Um spezifische Aussagen zur Finanzierungssituation im sächsischen Handwerk zu erhalten, wurden in zwei Umfragewellen über 9.000 Unternehmen befragt. Die Fragen beinhalteten dabei sowohl Unternehmenscharakteristika (Branche, Größe, Alter, Umsatzklasse etc.) als auch die verwendeten Finanzierungsinstrumente (Eigenkapitalquoten, Fremdkapitalaufteilung etc.). Darüber hinaus wurden die Unternehmen zu allgemeinen Einschätzungen hinsichtlich ihres Finanzierungsumfelds gebeten (Kreditvergaberestriktionen, Zufriedenheit mit der Hausbank, Interesse an alternativen Finanzierungsformen etc.).

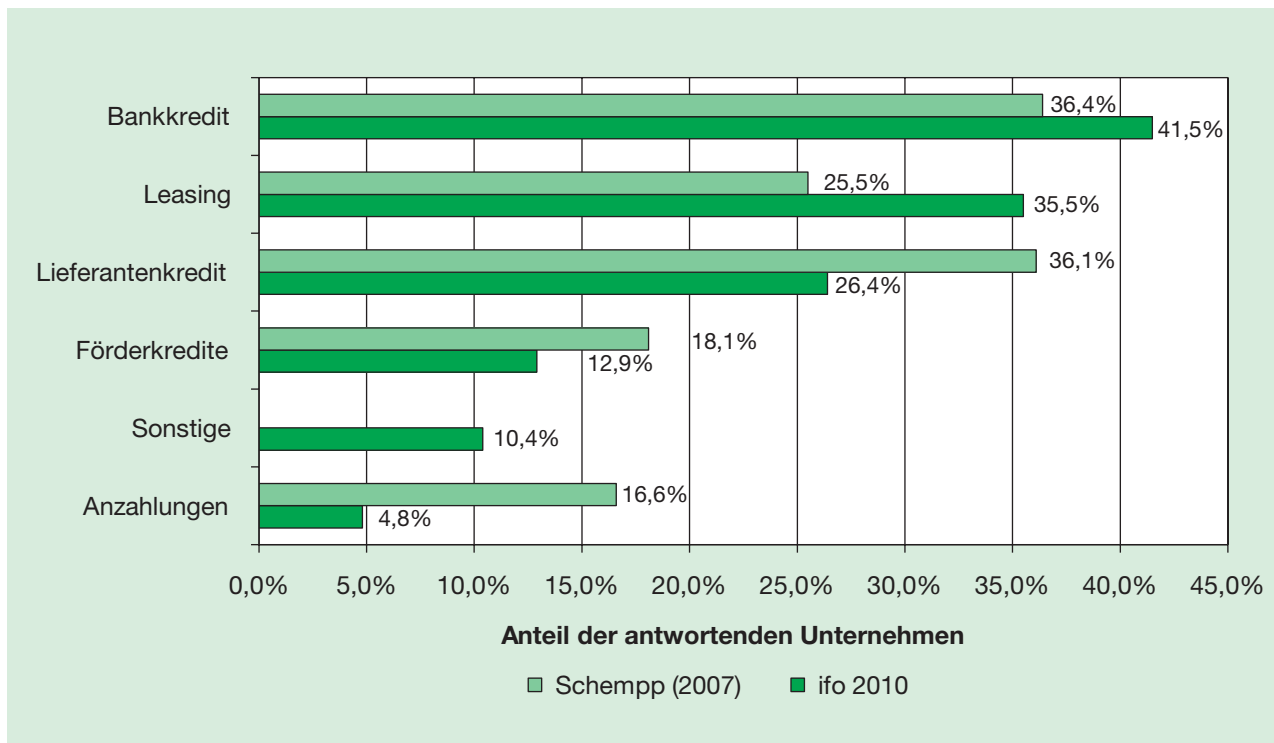
Ergebnisse der Unternehmensumfrage und Experteninterviews

Aufgrund der durchschnittlich geringen Unternehmensgrößen und der dominierenden Rechtsform des Einzelunternehmens spielt die klassische Kreditfinanzierung eine herausragende Rolle für die Unternehmensfinanzierung im sächsischen Handwerk. Hinsichtlich der genutzten Fremdfinanzierungsinstrumente wird deutlich, dass der Bankkredit und das Leasing am stärksten genutzt werden (vgl. Abb. 1).

So gaben über 40 % der befragten Unternehmen an, Bankkredite zur Unternehmensfinanzierung zu verwenden; rund 35 % nutzen Leasingangebote. Ebenfalls von besonderer Bedeutung sind Lieferantenkredite. Deren Bedeutung schwankt jedoch stärker zwischen den einzelnen Branchen des Handwerks als die der beiden erstgenannten Instrumente.² Mit Abstand folgen die Förderkredite, die rund 13 % der befragten Unternehmen zur Unternehmensfinanzierung verwenden. Deutlich geringer

* Johannes Steinbrecher ist Doktorand und Patrick Zwerschke war zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrages Praktikant an der Dresdner Niederlassung des Ifo Instituts.

Abbildung 1: Verwendete Fremdfinanzierungsinstrumente im sächsischen Handwerk



Quelle: Unternehmensumfrage, Darstellung des ifo Instituts.

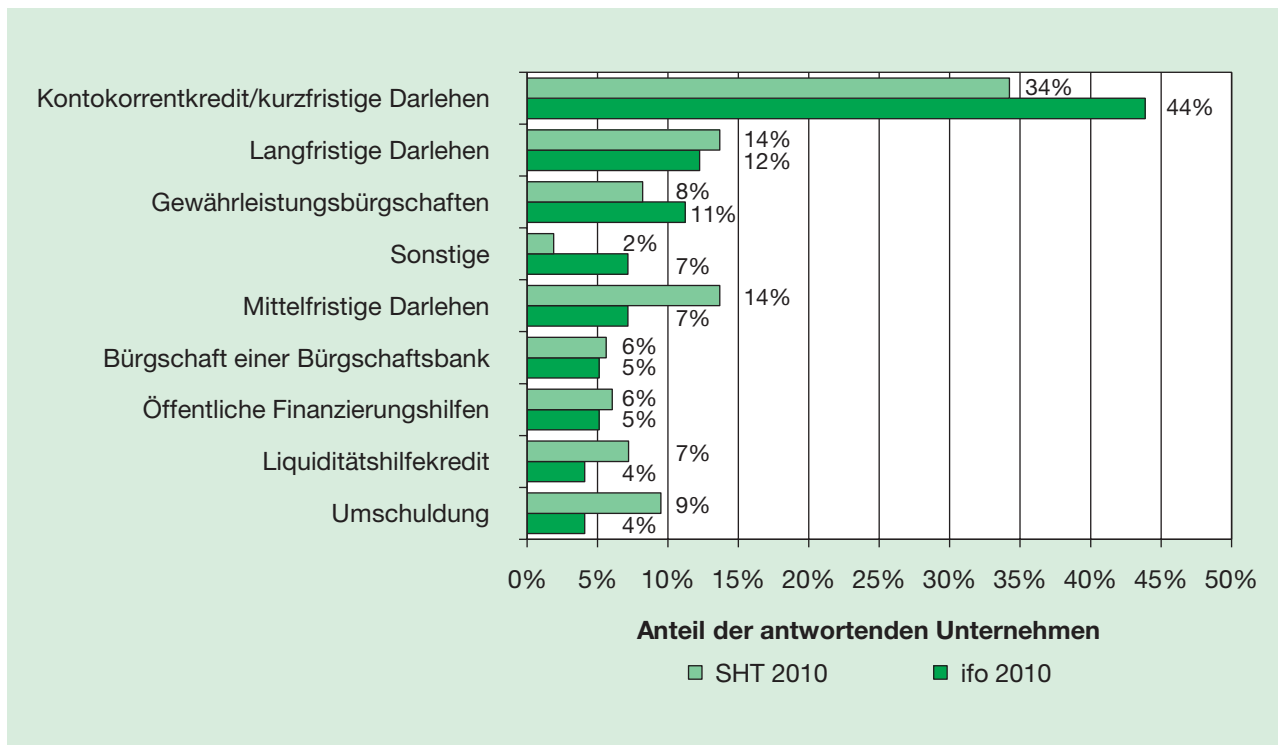
fiel in unserer Befragung die Bedeutung von Anzahlungen aus. Während sich in den Analysen zur Finanzierungsstruktur im Handwerk von SCHEMP (2007) über 15 % der Unternehmen durch Anzahlungen finanzierten, liegt dieser Anteil in unserer Befragung lediglich bei rund 5 %. Dieser Unterschied kann zum einen durch eine unterschiedliche Branchenstruktur in den beiden Untersuchungen erklärt werden.³ Zum anderen ist nicht auszuschließen, dass sich die Möglichkeit der Finanzierung über Anzahlungen im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise verringert hat, z. B. falls Kunden aufgrund der konjunkturellen Lage seltener zu Anzahlungen bereit waren. In diesem Fall könnte der tatsächliche Anteil von Anzahlungen an der Unternehmensfinanzierung höher ausfallen und in der von uns analysierten Stichprobe unterrepräsentiert sein. Auch ist nicht auszuschließen, dass regionale Unterschiede in den untersuchten Stichproben zu Unterschieden im Anzahlungsanteil führen. Eine weitere Größe in unserer Befragung sind die sonstigen Fremdfinanzierungsinstrumente. Hierunter fallen beispielsweise Gesellschafterdarlehen, Avale oder Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Da dieser zusammengefasste Posten einen relativ kleinen Anteil hält, sind die entsprechenden Finanzierungsinstrumente für das Gesamthandwerk eher von geringer Bedeutung.⁴ Da zu diesem Posten in SCHEMP (2007) kein Äquivalent vorhanden ist, wird auf eine Darstellung in der Abbildung verzichtet.

Neben den grundsätzlich verwendeten Finanzierungsinstrumenten ist im Hinblick auf das wirtschaftliche Umfeld der vergangenen Monate auch von Interesse, welche Finanzierungsinstrumente durch das sächsische Handwerk nachgefragt wurden und wie sich der Zugang zu den nachgefragten Instrumenten gestaltete. Um dieser Frage nachzugehen, werden in Abbildung 2 verschiedene Fremdkapitalinstrumente hinsichtlich ihrer Nachfrage in den vergangenen zwölf Monaten dargestellt (dies entspricht dem Zeitraum von Juni 2009 bis Juni 2010). Neben den Ergebnissen der ersten Umfragewelle (ifo 2010) sind in der Abbildung ebenfalls die Ergebnisse der zweiten Umfragewelle (SHT 2010) abgetragen.

Aus der Abbildung 2 ist zu erkennen, dass fast 44 % der Unternehmen der ersten Umfragewelle, die über Fremdkapitalinstrumente verhandelt haben, in den vergangenen zwölf Monaten über kurzfristige Kredite bzw. Kontokorrentkredite verhandelten. In der zweiten Umfragewelle liegt der Anteil dieses Finanzierungsinstrumentes bei ca. 35 %. Damit ist diese Finanzierungsart bei den Unternehmen beider Umfragewellen das mit Abstand am häufigsten verhandelte Instrument.

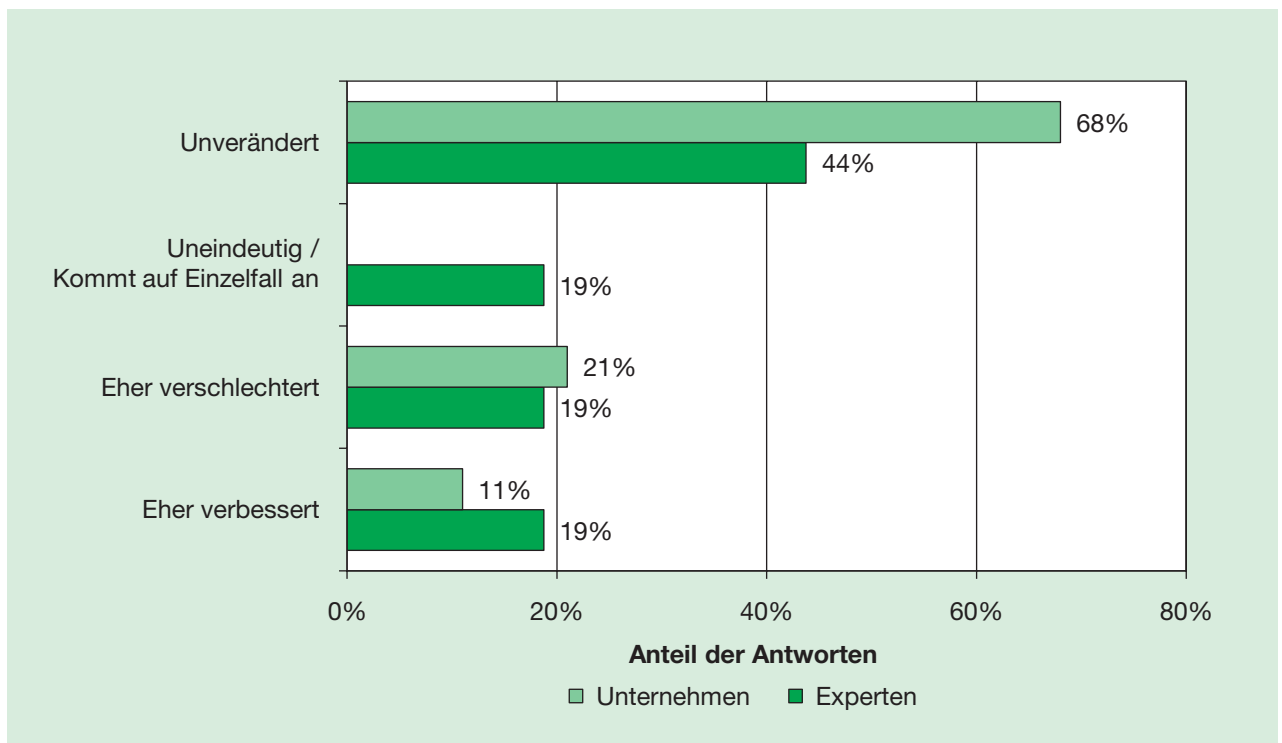
Aus den Ergebnissen der Umfrage und der Experteninterviews wird ebenfalls deutlich, dass Unternehmen und Experten die Entwicklung des Finanzierungsumfelds recht ähnlich bewerten (vgl. Abb. 3).

Abbildung 2: Verhandlungen des sächsischen Handwerks über Fremdkapital in den vergangenen 12 Monaten



Quelle: Unternehmensumfrage, Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: Einschätzung der befragten Unternehmen und Experten hinsichtlich der Entwicklung des Finanzierungsumfelds für das sächsische Handwerk



Quelle: Unternehmensumfrage, Darstellung des ifo Instituts.

Die Abbildung 3 veranschaulicht, dass die Mehrheit der befragten Experten keine grundsätzlichen Veränderungen im Finanzierungsumfeld des Handwerks beobachten konnte; gleiches gilt für die befragten Unternehmen. Berücksichtigt man, dass eine uneindeutige Entwicklung ebenfalls in der Kategorie „unverändert“ erfasst worden sein könnte, gibt die Einschätzung der Experten nahezu eins zu eins die Wahrnehmung der befragten Unternehmen wieder. Knapp 20 % der befragten Experten konnten eine Verschlechterung des Finanzierungsumfeldes beobachten. Dies wurde insbesondere auf die Verschlechterung der Leasingkonditionen zurückgeführt. Darüber hinaus wurde der verstärkte Rückzug verschiedener Kreditinstitute aus der Unternehmensfinanzierung in der Region als Grund für eine Verschlechterung des Finanzierungsumfeldes gesehen, da diese Institute vor ihrem Rückzug einen spürbaren Beitrag zur Unternehmensfinanzierung geleistet hatten. Die Experten, die eine Verbesserung des Finanzierungsumfeldes konstatieren, erklären diese im Wesentlichen durch eine gestiegene Kreditvergabebereitschaft der Banken. Dies betraf vor allem langfristige Investitionskredite, deren Angebot die Nachfrage zeitweilig sogar überstieg.⁵

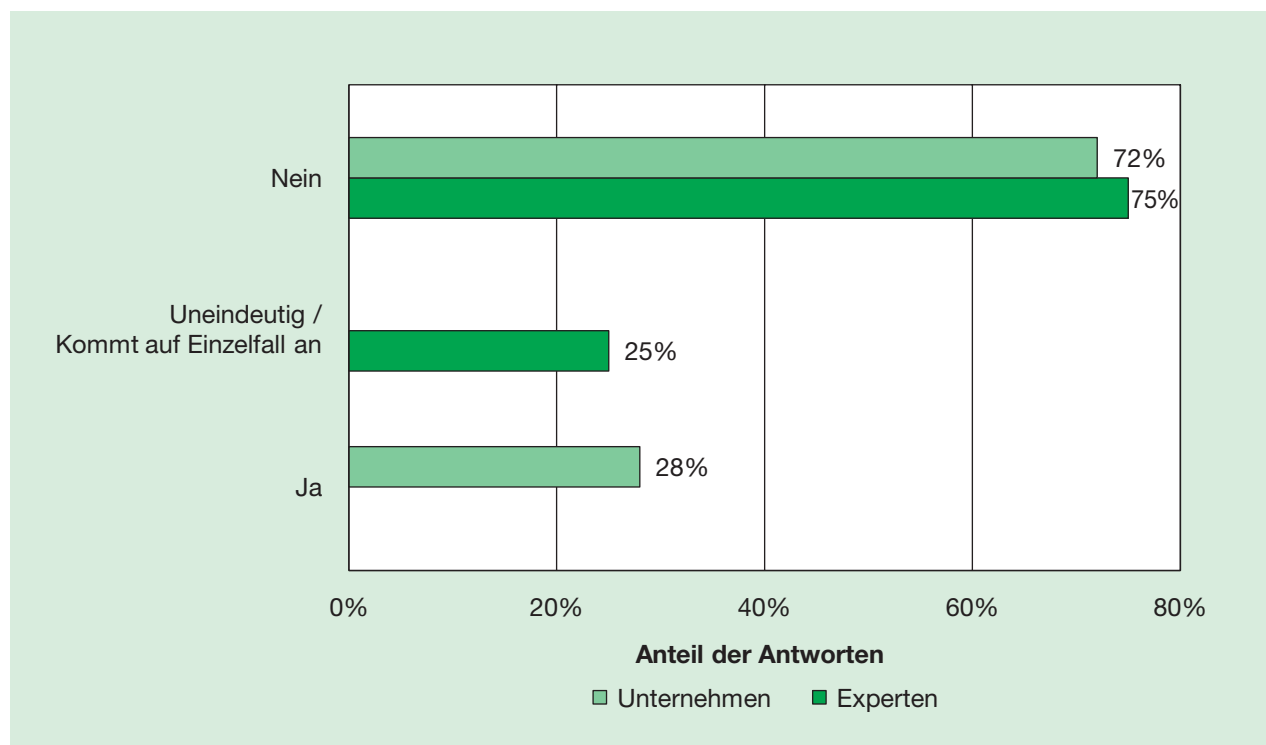
Da nur ein geringer Teil der befragten Unternehmen und Experten eine Verschlechterung des Finanzierungsumfeldes ausmachen konnte, liegt die Vermutung nahe,

dass es auch bei den Kreditvergabekriterien der Banken keine signifikanten Verschärfungen gegeben haben sollte. Dies wurde durch eine weitere Frage überprüft, deren Antworten in Abbildung 4 dargestellt sind.

Bei den Antworten lässt sich eine weitgehende Übereinstimmung der Wahrnehmung von Experten und befragten Unternehmen feststellen. Rund 75 % der befragten Banken gaben an, dass sich die Kreditvergaberichtlinien nicht verschärft haben. Bei den befragten Unternehmen war dieser Wert mit 72 % ähnlich hoch. Eine generelle Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien wurde durch keinen der befragten Experten beobachtet. Hingegen gaben 25 % der befragten Banken an, dass sich die Kreditvergaberichtlinien pauschal zwar nicht verschlechtert haben, je nach Lage der Unternehmen jedoch auch restriktivere Kreditvergabebedingungen beobachtet wurden. Bei den befragten Unternehmen dürfte ein Großteil der „Ja“-Antworten demnach häufig der Kategorie „uneindeutig / kommt auf Einzelfall an“ zuzuordnen sein. Auch hier sind die Antworten zwischen Unternehmen und Banken sehr ähnlich. Die Ergebnisse decken sich mit anderen Umfragen zu den Finanzierungsbedingungen bzw. Kreditvergabemodalitäten [vgl. bspw. EZB (2010)].

Diese Ergebnisse werden auch durch die Kreditablehnungsquoten der befragten Unternehmen bestätigt.

Abbildung 4: Einschätzung der befragten Unternehmen und Experten hinsichtlich einer Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien



Quelle: Unternehmensumfrage, Darstellung des ifo Instituts.

Gerade einmal 19 % der befragten Unternehmen wurden Kreditanträge nicht bewilligt, was insbesondere angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds nicht als Indiz für strukturelle Hemmnisse gelten kann. Geht man davon aus, dass in diesem Anteil auch Unternehmen enthalten sind, deren wirtschaftliche Verfassung auch in konjunkturell guten Zeiten keinen Kreditzugang zulässt, lassen sich noch weniger Anhaltspunkte für eine flächendeckend starke Kreditrationierung oder gar Kreditklemme finden. Allerdings zeigen die Begründungen für eine Kreditablehnung einen wichtigen Aspekt hinsichtlich des Kreditzugangs für das Handwerk (vgl. Abb. 5).

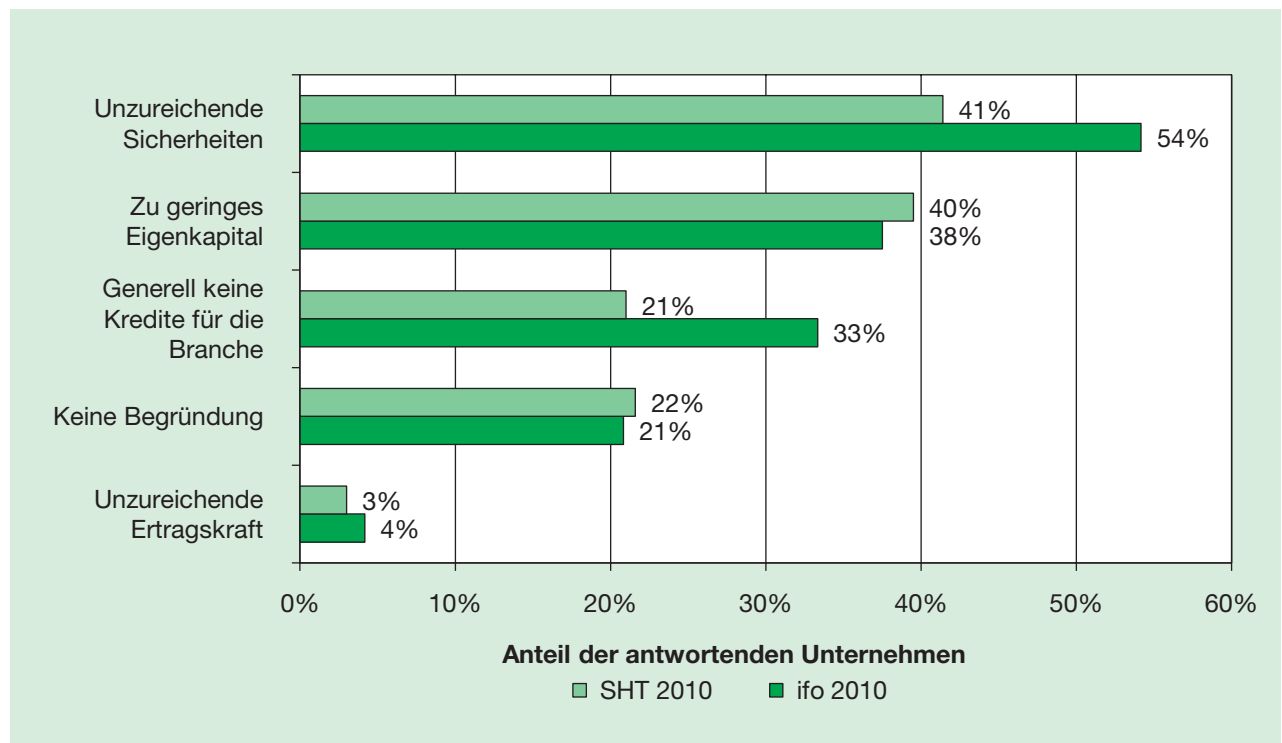
Es wird deutlich, dass unzureichende Sicherheiten und zu geringes Eigenkapital die Hauptgründe für eine Kreditablehnung waren. Überraschend ist hingegen, dass eine unzureichende Ertragskraft nur in weniger als 5 % der Fälle zu einer Kreditablehnung führte.⁶ Ebenfalls überraschend erscheint zudem der hohe Anteil von rund 20 % der Kreditanträge, die gänzlich ohne Begründung zurückgewiesen wurden. Darüber hinaus scheint es für bestimmte Branchen grundsätzlich schwerer zu sein, einen Zugang zu Krediten zu erhalten. Rund 33 % der Ablehnungen wurden (unter anderem) mit dieser Ursache begründet. In der zweiten Umfragerunde liegt dieser Wert bei 25 %. Die Branchen, die sich diesem Ablehnungsgrund am häufigsten gegenübersehen, sind das konjunktursensible Elektro- und Metallhandwerk. So wurde

beispielsweise bei fast 50 % der Unternehmen des Kfz-Handwerks, die eine Kreditablehnung hinnehmen mussten, die Branche als Ablehnungsgrund genannt. Bei den befragten Bäckern und Dachdeckern hingegen wurde dieser Grund nicht genannt. Es dürfte sich somit vor allem um spezielle konjunkturelle Effekte handeln, welche für das durch die Banken wahrgenommene Branchenrisiko maßgeblich verantwortlich sind (z.B. die Absatzrückgänge im Kfz-Handwerk durch Nachwirkungen der „Abwrackprämie“).

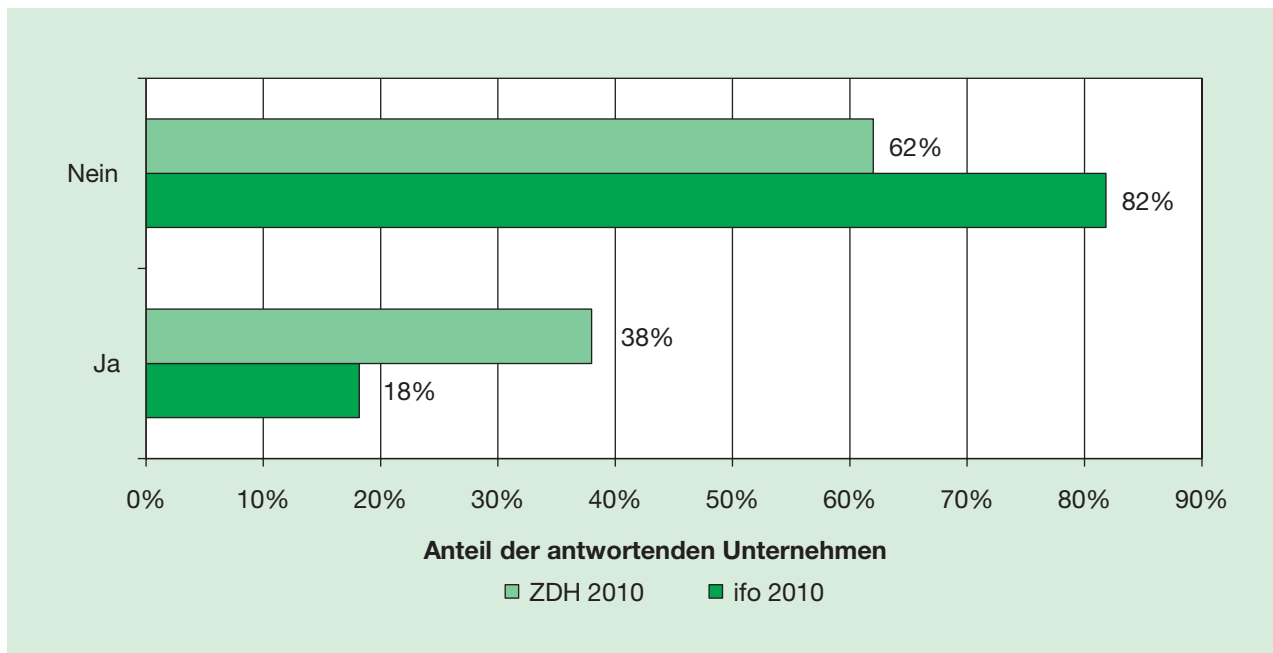
Fraglich ist, welche Auswirkungen das Finanzierungsumfeld auf das Investitionsverhalten der Unternehmen hatte. Daher wurden die Unternehmen gefragt, inwiefern sie geplante Investitionen aufgrund eines restriktiven Kapitalangebotes nicht durchführen konnten. Die Antworten sind in Abbildung 6 abgetragen.

Der Anteil der betroffenen Unternehmen ist zum einen mit rund 18 % äußerst niedrig und zum anderen deutlich geringer, als in der vergleichbaren Umfrage des ZENTRALVERBANDES DES DEUTSCHEN HANDWERKS [vgl. ZDH (2010)]. Da diese Umfrage allerdings, ähnlich wie die Umfrage der CREDITREFORM, erheblich früher im Jahr 2010 durchgeführt wurde, könnten die niedrigeren Ergebnisse unserer Umfrage auch auf das verbesserte wirtschaftliche Umfeld zurückzuführen sein. Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass das sächsische Handwerk im Verlauf und im Anschluss an die Wirtschaftskrise weder struktu-

Abbildung 5: Häufigste Gründe für eine Kreditablehnung bei den befragten Unternehmen



Quelle: Unternehmensumfrage, Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 6: Anteil der Unternehmen, die geplante Investitionen nicht durchführen konnten

Quelle: Unternehmensumfrage, Darstellung des ifo Instituts.

rellen Finanzierungshemmnissen ausgesetzt war, noch durch ein restriktives Kapitalangebot in seinem Investitionsverhalten beeinträchtigt wurde.

Gefahrenfelder für die Finanzierungssituation des sächsischen Handwerks und Handlungspotenziale

Die Ergebnisse der Untersuchung deuten jedoch auch auf einige zentrale Gefahrenfelder für die zukünftige Finanzierungssituation des Handwerks hin, denen es durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken gilt.

Ein potenzielles Gefahrenfeld kann vom Kapitalangebot ausgehen. Dieses bestimmt sowohl die Finanzierungsstruktur als auch das Finanzierungsvolumen, das die Unternehmen nutzen können. Grundsätzlich muss der Zugang zu Krediten für die Handwerksunternehmen gesichert werden, da diese von dieser Finanzierungsart sehr stark abhängen. Dazu bedarf es vor allem einer weiter verbesserten Eigenkapitalausstattung der Unternehmen sowie einer optimierten Kommunikation zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern, um Informationsasymmetrien abbauen zu können. Hier scheint es für alle beteiligten Parteien noch Optimierungspotenziale zu geben, beispielsweise durch eine professionellere Darstellung der wirtschaftlichen Lage durch die Unternehmer oder eine transparentere Kommunikation der Anforderungen und Entscheidungen durch die Kreditinstitute. Des Weiteren gilt es zu prüfen, inwiefern alternative

Finanzierungsformen die Handwerksunternehmen bei der Unternehmensfinanzierung unterstützen können und wie diese Finanzierungsformen für einen weiteren Kreis von Handwerksbetrieben zugänglich gemacht werden können.

Darüber hinaus können sich aus der Kapitalnachfrage Risiken für die Unternehmen ergeben. Hier gilt es insbesondere die Finanzierungsstruktur zu berücksichtigen. Diese wirkt zum einen über den Kostenkanal, da viele der häufig verwendeten Finanzierungsformen (Kontokorrentkredite, Zahlungsziel) teuer sind. Auf der anderen Seite muss eine Finanzierung stets fristengerecht erfolgen, um Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken zu vermeiden. Auch ein optimiertes Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital ist für einen ausreichenden Kapitalzugang wichtig. Hier gilt es – entsprechende Kapitalangebote vorausgesetzt –, die Unternehmer noch stärker für diese Themen zu sensibilisieren, damit sie sich in diesen Fragestellungen auch gegenüber ihren Kapitalgebern emanzipieren und die Angebote mit ihren Bedarfen besser vergleichen können.

Weiterhin gilt es zu berücksichtigen, dass die Anforderungen an den Handwerker als Unternehmer in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind und auch zukünftig steigen werden, beispielsweise infolge des sich abzeichnenden Fachkräftemangels. Nur wenn die Unternehmer diesen Anforderungen auch gerecht werden, können sie langfristig am Markt erfolgreich sein. Dazu bedarf es einer kontinuierlichen Festigung und Stärkung

der unternehmerischen Kompetenzen, in die auch im handwerklichen Bereich zunehmend (betriebs-) wirtschaftliche Aspekte einfließen. In diesem Zusammenhang spielt die Weiterbildung der Unternehmer bzw. ihrer Mitarbeiter eine zentrale Rolle. Auch hier gibt es bereits ein breites Angebot, welches regelmäßig auf den Wirkungs- und Nutzungsgrad hin überprüft werden sollte. Für eine bessere Vergleichbarkeit und Effizienzkontrolle können diesbezüglich auch Qualitätssiegel und Evaluationen herangezogen werden, die potenziellen Interessenten die Auswahl eines geeigneten Angebotes vereinfachen.

Grundsätzlich zeigt sich, dass bereits viele der potenziellen Gefahrenfelder durch die Unternehmen und die Politik erkannt wurden. Auch gibt es bereits eine Vielzahl an Maßnahmen und Instrumenten, die diesen Gefahren entgegenwirken sollen. Um die Finanzierungssituation der Handwerksunternehmen nachhaltig zu sichern bzw. zu verbessern, bedarf es somit weniger einer Neukonzeption der Wirtschafts- und Förderpolitik, als vielmehr einer Adjustierung der bestehenden Instrumente. Dabei sollte vor allem die Frage im Fokus stehen, welche Instrumente besonders sinnvoll sind und inwiefern sich die Nachfrage (bzw. das Angebot) nach diesen Instrumenten erhöhen lässt. Dabei gilt es auch die Effizienz der Maßnahmen zu optimieren, damit angesichts der zu erwartenden haushaltspolitischen Entwicklung auch zukünftig vielen Unternehmen der Zugang zu diesen Maßnahmen ermöglicht werden kann.

Literatur

BURGER (2007): Determinanten und Wirkung des Finanzierungsverhaltens von Handwerksunternehmen – Eine empirische Untersuchung, Ludwig-Fröhler-Institut für Handwerkswissenschaften, 2007, München.

CREDITREFORM (Hrsg.) (2010): Wirtschaftslage im Handwerk – Frühjahr 2010, März 2010, Neuss.

DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.) (2010): Sonderumfrage zum Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen nichtfinanziellen Unternehmen, Juli 2010, Frankfurt am Main.

EZB – EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (Hrsg.) (2010): Survey on the access to finance of SMEs in the euro area: Second Half of 2009, Europäische Zentralbank, Februar 2010, Frankfurt am Main.

KfW – KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU (Hrsg.) (2010): Gibt es eine Kreditklemme im Mittelstand?, KfW-Research Nr. 2, Februar 2010, Frankfurt am Main.

RIDINGER (2001): Entwicklung von Finanzierungsbedingungen und Auswirkungen auf das Handwerk, KfW-Research Ausgabe 20, Sonderband März 2001, S. 35–37, Frankfurt am Main.

SCHEMP (2007): Eigenkapitalausstattung und Finanzierung im deutschen Handwerk, Ludwig-Fröhler-Institut für Handwerkswissenschaften, Februar 2007, München.

ZDH – ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN HANDWERKS (Hrsg.) (2001): Finanzierungsverhältnisse im Handwerk – Ergebnisse einer Umfrage bei Handwerksbetrieben im 1. Quartal 2001, Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH), 2001, Berlin.

ZDH – ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN HANDWERKS (Hrsg.) (2010): Konjunkturbericht 1 – 2010: Handwerkskonjunktur bleibt auf Stabilisierungskurs, Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH), Mai 2010, Berlin.

¹ Für aktuelle Studien zur Finanzierungssituation im Handwerk vgl. bspw. BURGER (2007) und SCHEMP (2007).

² Vgl. hierzu bspw. die Gegenüberstellung des Tischler- und Kfz-Handwerks in SCHEMP (2007).

³ So beträgt der Anteil der Anzahlung an der Unternehmensfinanzierung im Sanitär-Heizung-Klima-Handwerk nach SCHEMP (2007) fast 20%, während er im Kfz-Handwerk lediglich bei einem Prozent liegt. Eine unterschiedliche Gewichtung dieser Branchen kann dementsprechend auch zu unterschiedlichen Anteilen führen.

⁴ Allerdings haben einige der Instrumente für bestimmte Handwerkszweige eine hohe Bedeutung (z. B. Avale für das Bau- und Ausbaugewerbe).

⁵ Dies deckt sich auch mit den Einschätzungen anderer deutscher Banken [vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (2010)].

⁶ Allerdings liegt der Wert in der zweiten Umfragemelle mit über 20% deutlich höher, sodass diese Begründung in der ersten Umfragemelle unterrepräsentiert sein dürfte.

Aus 2 mach 1: Die bundesweite Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zur Oberschule

Katja Baum*

Auf dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union (CDU) wurde ein neues Bildungskonzept vorgestellt, das langfristig die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule vorsieht [vgl. CDU (2011)]. Damit soll, wie in einigen Bundesländern bereits geschehen, das bisher dreigliedrige Schulsystem auf nunmehr zwei Schultypen reduziert werden, nämlich auf die Oberschule und das Gymnasium. Diese Vereinfachung des deutschen Bildungssystems ist laut Bildungskonzept aufgrund sinkender Schülerzahlen in den Hauptschulen effizienzsteigernd. Außerdem könnte der immer noch bestehende negative Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft eines Kindes und dessen Bildungserfolg durch eine Zusammenlegung aufgebrochen werden.

Überblick: Stellung Haupt- und Realschule im deutschen Schulsystem

Die Hauptschule wurde vor allem mit dem Ziel der frühzeitigen Leistungsvereinheitlichung eingeführt. Leistungsvereinheitlichung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Schüler entsprechend ihres Leistungsniveaus am Ende ihrer Grundschulzeit in verschiedene weiterführende Schulen (z. B. Haupt-, Realschule oder Gymnasium) geschickt werden. Die Hauptschule soll von der Klassenstufe 5 (Klassenstufe 7, nach Abschluss der Orientierungsstufe) bis zur Klassenstufe 9/10 eine grundlegende allgemeine Bildung vermitteln. Der Erwerb des Hauptschulabschlusses (auch Berufsschulreife) ist Grundvoraussetzung für eine praktische Berufsausbildung und den Besuch einer Berufsschule. Die Realschule hingegen schließt mit dem Realschulabschluss ab (auch Fachoberschulreife). Der Zugang zu Fachoberschulen oder der Übergang zum Gymnasium wird somit ermöglicht. Der erfolgreiche Abschluss des gymnasialen Bildungsweges erlaubt einen Zugang zum Hochschulstudium [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2011)].

Die föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland spiegelt sich u. a. im Bildungssystem wider. Das bedeutet, dass die primäre Zuständigkeit für das Bildungswesen (und die Kultur) bei den Ländern liegt (Kulturhoheit der Länder). So ist auch zu erklären, dass die Hauptschule in Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und

Thüringen gar nicht als eigener Schulzweig angeboten wird. In Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurden bis zum Schuljahr 10/11 ebenfalls Schulreformen zur Abschaffung der Hauptschule durchgeführt [vgl. STÄNDIGE KULTUSMINISTERKONFERENZ (2010a)]. Nach dem neuen „Bildungskonzept“ soll nun die Hauptschule als eigenständige Schulform auch bundesweit abgeschafft werden.

Der Übergang von der Primarstufe (Grundschule) in die Sekundarstufe I (Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialer Bildungsgang) ist in den Bundesländern ebenfalls individuell durch das Landesrecht geregelt. Während der Grundschulzeit werden den Kindern Grundkenntnisse und -fertigkeiten vermittelt. Anhand der in dieser Zeit erbrachten Leistungen erarbeitet die Grundschule eine sogenannte Bildungsempfehlung, die einen möglichen Bildungsweg für jedes Kind vorschlägt. Dieser Prozess gestaltet sich in den Bundesländern unterschiedlich, ist aber in der Regel mit einer Beratung der Eltern verbunden, sodass diese Entscheidungsrechte bei der Wahl der künftigen Schule ihres Kindes haben [vgl. BMBF (2010)]. Die weitere schulische Laufbahn wird demnach maßgeblich von den in der Grundschule erbrachten Leistungen der Kinder bestimmt [vgl. STÄNDIGE KULTUSMINISTERKONFERENZ (2010b)]. Damit findet in Deutschland eine sehr frühzeitige Selektion der Kinder statt, in der Regel im Alter von 10 Jahren. Jedoch ist das deutsche Schulsystem durchlässig und lässt Korrekturen zu. So ist ein Schulwechsel in eine höhere (oder ggf. in eine niedrigere) Schulform zumindest theoretisch möglich [vgl. SCHNEPF (2003)].

Wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, sinkt die Anzahl der Schüler an den Hauptschulen, während gleichzeitig ein Anstieg der Schülerzahlen insbesondere an Gymnasien zu verzeichnen ist. Außerdem kann gezeigt werden, dass gerade in Hauptschulen der Anteil an Kindern aus bildungsfernen Familien und/oder mit Migrationshintergrund sehr hoch ist, was zu einer besonders herausfordernden Situation an den Schulen führen und die Qualität der Schulbildung beeinflussen kann [vgl. TRAUTWEIN et al. (2007)]. Diese beiden Gründe dienen als Argument für eine bundesweite Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen. Desweiteren werden in diesem

* Katja Baum ist als Doktorandin in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung tätig.

Beitrag noch zwei andere Motive, die für eine Zusammenlegung sprechen, angeführt, nämlich so genannte Peer-Group Effekte sowie der optimale Zeitpunkt einer Leistungsdifferenzierung.

Grund 1: Sinkende Nachfrage an Hauptschulen, steigende Nachfrage an Gymnasien

Heutzutage hat die Hauptschule mit verschiedenen Problemen zu kämpfen. Dazu zählt beispielsweise eine lernunfreundliche Atmosphäre in Hauptschulen. Außerdem kann eine zunehmende Aggressivität und Gewaltbereitschaft beobachtet werden [vgl. BAIER und PFEIFFER (2007)]. In diesem Zusammenhang wird oftmals auf die Rütli-Schule in Berlin verwiesen, in der es im Jahr 2006 zu Aggressivität gegenüber den Lehrern kam. Diese Situation führte zu einem Aufruf der Lehrer, die Schule zu schließen, da sie die Gewaltbereitschaft der Schüler nicht mehr unter Kontrolle bringen konnten. Weiterhin wird kritisiert, dass die Schülerinnen und Schüler in Hauptschulen nicht adäquat auf das tatsächliche Berufsleben und dessen Anforderungen vorbereitet werden. Andere wiederum befürworten die Existenz einer gesonderten Hauptschule mit Hilfe der dadurch erzielten Leistungsdifferenzierung, wodurch z. B. der tägliche Vergleich mit leistungsstärkeren Mitschülern, der u. U. bei einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschule entstehen könnte, unterbunden wird [vgl. TRAUTWEIN et al. (2007)].

Dennoch ist ein kontinuierlicher Rückgang der Schülerzahl seit dem Schuljahr 1998/99 an Hauptschulen zu beobachten (vgl. Tab. 1). Im Gegensatz dazu ist seit dem Schuljahr 02/03 ein Anstieg des Anteils der Schülerinnen/Schüler an Gymnasien zu verzeichnen. Der Anteil derjenigen, die eine Realschule besuchen, ist seit dem Schuljahr 05/06 nahezu konstant.

Ein weiterer Aspekt bezüglich der Zusammenlegung von Haupt- und Realschule muss vor dem Hintergrund des demographischen Wandels diskutiert werden. Durch die geringe Geburtenrate werden immer mehr Schulen mit dem Problem sinkender Schülerzahlen konfrontiert. Vor allem in ländlichen Regionen können durch den Zusammenschluss verschiedener Schulformen Standorte gesichert werden, die ohne eine Verdichtung u. U. aufgrund von sinkenden Schülerzahlen nicht hätten überleben können.

Grund 2: Negativer Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft

Ungleiche Bildungschancen entstehen, wenn Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft in unterschiedliche Schulzweige entsendet werden, obwohl sie dasselbe Leistungsniveau besitzen. Das in diesem Zusammenhang angebrachte Standardbeispiel ist das folgende: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind von Eltern, die eine höhere Bildung genossen haben, auf ein Gymnasium geht, ist viel höher als die eines Kindes, welches aus einer eher bildungsfernen Familie kommt, auch wenn beide Kinder über ein ähnliches Leistungsniveau verfügen [vgl. KONSORTIUM BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2010)]. Mit anderen Worten führen unterschiedliche elterliche Präferenzen, aber auch Fehleinschätzungen der Lehrer bzgl. der Leistungsfähigkeit der Kinder am Ende der Grundschulzeit, zu Ungleichheiten in der Bildung, was auch als sekundäre Disparität bezeichnet wird [vgl. SCHNEFF (2003)]. Laut dem aktuellen Bildungsbericht des KONSORTIUMS BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2010) ist die Schulartverteilung gerade für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund ungünstiger als für Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund, was vornehmlich Unterschiede in

Tabelle 1: Anteil der Schülerinnen/Schüler nach Schuljahr und Schulart in % der Gesamtschülerzahl^a

Schulform	Schuljahr									
	98/99	99/00	00/01	01/02	02/03	03/04	04/05	05/06	06/07	07/08
Hauptschule	24,38	24,07	23,95	23,78	23,35	22,72	21,80	20,71	19,46	18,29
Realschule	24,20	24,44	24,82	25,25	25,64	25,88	26,33	26,18	26,20	26,18
Gymnasium	40,05	40,01	39,73	39,48	39,46	39,80	40,61	41,75	42,92	44,04
Sonstige Schulen*	11,37	11,48	11,50	11,49	11,55	11,60	11,26	11,36	11,42	11,50

a) nur Länder, in denen Hauptschule noch als eigenständige Schulform existiert

* dazu zählen Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Integrierte Gesamtschulen und Freie Waldorfschulen

Quellen: Statistisches Bundesamt (2011), Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

den erworbenen Kompetenzen widerspiegelt (primäre Disparität).

Die PISA Studien verdeutlichen außerdem, dass dieser Unterschied über alle Statusgruppen bei Familien mit Migrationshintergrund zu beobachten ist [vgl. AUTOREN-GRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2008)].

Durch ein fallendes Leistungsniveau in der Hauptschule und die steigende Bedeutung des mittleren und vor allem des höheren Schulabschlusses verliert der Hauptschulabschluss bei Arbeitgebern zusätzlich immer mehr an Akzeptanz [vgl. TRAUTWEIN et al. (2007)]. Diesen Zusammenhang zeigt auch Tabelle 2, die eindeutig darstellt, dass die Mehrzahl der Absolventen und Absolventinnen von Hauptschulen nicht direkt in ein Duales System oder gar in das Schulberufssystem (z. B. Berufsfachschulen) einsteigen (können), sondern erst in einem Übergangssystem (z. B. Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, Berufsvorbereitungsjahr) die Kompetenzen erlangen müssen, die ihnen während der Schulzeit nicht vermittelt wurden oder werden konnten. Das bedeutet, dass Chancenungleichheit, die zu Beginn der Schulkarriere entsteht, Auswirkungen auf den gesamten Werdegang der Jugendlichen haben kann. Besonders ausgeprägt ist dieser Zusammenhang wieder bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Grund 3: Peer-Group Effekt

Durch die Zusammenlegung beider Schularten ergibt sich für Schüler aus bildungsfernen Schichten die Möglichkeit, von den leistungsstärkeren Schülern einer Realschule „mitgezogen“ zu werden. In der Literatur wird in diesem Fall von einem Peer-Group Effekt gesprochen. Dieser besagt, dass die Schulleistungen nicht ausschließlich von den Fähigkeiten des Schülers abhängen, sondern auch

maßgeblich durch die Leistungen seiner Klassenkameraden determiniert werden. Laut diesem Prinzip orientieren sich leistungsschwächere Schülerinnen/Schüler an den leistungsstarken Mitschülerinnen/Mitschülern. Somit werden bei ersteren Potenziale geweckt, die in von vornherein nach Leistung getrennten Klassen u. U. nicht hätten entdeckt werden können [vgl. ARNOTT und ROWSE (1987)]. Empirische Evidenz aus anderen Bundesländern zeigt, dass eine Symbiose beider Schultypen durchaus funktionieren kann. Doch diese Funktionstüchtigkeit kann nur dann gewährleistet sein, wenn die Qualität der Bildung unter dem Zusammenschluss nicht leidet. Eine alleinige Veränderung der Struktur des Schulsystems reicht nicht aus, um die Probleme zu lösen. Es sollte weiterhin das Ziel eines hohen Bildungsstandards verfolgt werden. Außerdem muss gewährleistet sein, dass auch bildungsschwache Schüler die Schule mit einem Grundstock an Basiskompetenzen verlassen und ausreichend auf die Berufswelt vorbereitet werden.

Grund 4: Empirische Ergebnisse einer späten Leistungstrennung

Empirische Studien konnten zeigen, dass eine spätere Leistungstrennung nachweislich zu geringerer Bildungsungleichheit im Schulsystem führt. Neben Deutschland gibt es auch in anderen europäischen Ländern, z. B. in Österreich, eine sehr zeitige Aufteilung der Kinder entsprechend ihrer Kompetenzen. [vgl. HANUSHEK und WÖBMAN (2005)]. Gleichzeitig wurden auch Indizien dafür gefunden, dass die durchschnittliche Performance der Schüler durch diese Politik beeinträchtigt wird. Auch TIMSS-Daten (Third International Mathematics and Science Study) können diese Zusammenhänge aufzeigen [vgl. SCHÜTZ et al. (2005)].

Tabelle 2: Neuzugänge in berufliche Bildungsgänge 2006 nach schulischer Vorbildung in %

Bildungsgang	Schulabschluss				
	Ohne Hauptschulabschluss	Mit Hauptschulabschluss	Mit Mittlerem (Real-) Schulabschluss	Mit Hochschul- oder Fachhochschulreife	Vorheriger Abschluss unbekannt/sonstiger Abschluss
Duales System insgesamt	4,34	30,53	46,45	18,16	0,52
Schulberufssystem insgesamt	0,24	16,12	63,63	18,86	1,15
Übergangssystem insgesamt	24,32	48,92	18,98	1,19	6,60

Quellen: Konsortium Bildungsberichterstattung (2010), Darstellung und Berechnungen des ifo Instituts.

Zusammenlegung: ja, nein, vielleicht?

Eine klare Antwort auf die Frage, ob Haupt- und Realschulen zusammengelegt werden sollten, gibt es wohl nicht. Eine separate Hauptschule ist dann sinnvoll, wenn die Schüler in dieser Schulform adäquat auf das zukünftige berufliche Leben vorbereitet werden. Sollten sich jedoch vor allem Risikoschüler in einer Schule konzentrieren, besteht die Gefahr, dass die Qualität der Bildung stark unter dieser Entwicklung leidet und die Schüler nicht optimal auf den Berufsstart vorbereitet werden können. Das Argument, dass eine gemeinsame Oberschule dieses Problem auch nicht lösen könnte, ist jedoch nur dann richtig, wenn die Zusammenlegung nicht durch Anpassung der Lehrpläne und der -qualität stattfinden wird. Eine Einführung einer Oberschule sollte deshalb nicht ausnahmslos aus einer einfachen Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen bestehen. Das würde die hier aufgeführten Probleme nicht lösen können. Um Probleme wie sinkende Bildungsqualität oder steigende Bildungsungleichheiten tatsächlich bekämpfen zu können, sind weitreichendere Reformen notwendig, die jedoch auch unabhängig von der hier vorgestellten Schulreform durchgeführt werden sollten.

Literatur

- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hrsg.) (2008): Bildung in Deutschland 2008, Bielefeld.
- ARNOTT, R. und J. ROWSE (1987): Peer Group Effects and Educational Attainment. In: *Journal of Public Economics* 32, S. 287–305.
- BAIER, D. und C. PFEIFFER (2007): Hauptschulen und Gewalt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28, S. 17–26.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF) (Hrsg.) (2010): Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule – Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten, S. 399ff, Bonn, Berlin.
- CDU (Hrsg.) (2011): Bildungsrepublik Deutschland, Antrag des Bundesvorstands der CDU Deutschlands an den 24. Parteitag am 14./15. November 2011 in Leipzig.
- HANUSHEK, E. A. und L. WÖBMAN (2005): Does Educational Tracking Affect Performance and Inequality? Differences-in-Differences Evidence across Countries, IZA Discussion Paper Nr. 1901.
- KONSORTIUM BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hrsg.) (2010): Bildungsbericht 2010, Bielefeld.
- SCHNEPF, S. (2003): Inequalities in Secondary School Attendance in Germany, S3RI Applications Working Paper A03/16.
- SCHÜTZ, G. et al. (2005): Education Policy and Equality of Opportunity, CESifo Working paper Nr. 1518.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2011): Erläuterungen zu Statistiken, Internetdokument: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, letzter Zugriff: 28.07.2011.
- STÄNDIGE KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hrsg.) (2010a): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland 2009, Bonn.
- STÄNDIGE KULTUSMINISTERKONFERENZ (Hrsg.) (2010b): Übergang von der Grundschule in Schulen des Sekundarbereichs I und Förderung, Beobachtung und Orientierung in den Jahrgangsstufen 5 und 6 (sog. Orientierungsstufe), Bonn.
- TRAUTWEIN, U. et al. (2007): Hauptschulen = Problem-schulen? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28, S. 3–9.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2011¹

Wolfgang Nierhaus*

Das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** ist in Sachsen im ersten Vierteljahr 2011 um 5,0% gestiegen, die preisbereinigte **Bruttowertschöpfung** um 5,2% (vgl. Tab. 1). Am kräftigsten hat die Produktion im **Baugewerbe** zugelegt (23,0%). Mit einer Zuwachsrate von 14,3% expandierte aber auch die Ausbringung im **Produzierenden Gewerbe (ohne Bau)** sehr deutlich. Merklich zugenommen hat zudem die Wertschöpfung im **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** sowie im Sektor **Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahe Dienstleistungen**. In beiden Wirtschaftsbereichen stieg die Wertschöpfung um jeweils 2,0%. Das geringste Plus verzeichneten die **öffentlichen und privaten Dienstleister** (0,4%). Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zeigt weiter deutlich nach oben (vgl. Abb. 1).

¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 30. März 2011 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Fortschreibung. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q1/2011 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. Nierhaus, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

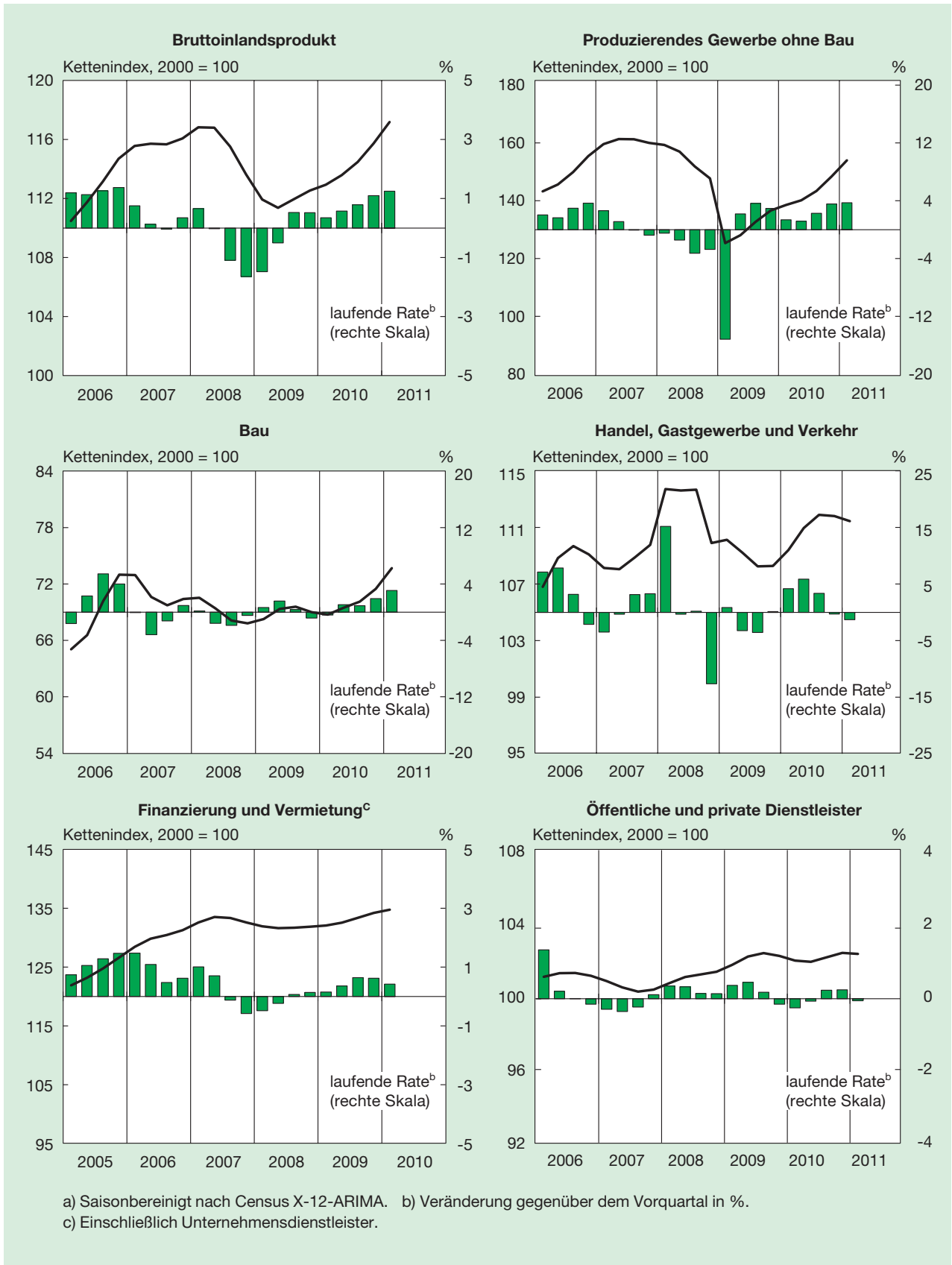
* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen, preisbereinigte Vierteljahresergebnisse

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung insgesamt	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
1 2009	-5,2	0,2	-5,8	4,7	-20,5	-5,6	-2,8	-1,3	1,0
2 2009	-4,8	2,2	-5,6	9,5	-20,6	0,6	-3,9	-1,5	1,2
3 2009	-2,8	1,8	-3,3	8,2	-12,4	2,2	-4,8	-1,1	1,2
4 2009	-1,0	2,5	-1,4	9,2	-6,5	1,7	-1,5	-0,6	1,0
1 2010	0,7	-1,4	0,9	-4,8	7,1	-11,4	-1,3	0,8	0,3
2 2010	2,1	-0,6	2,5	-2,2	10,7	0,6	1,6	0,6	-0,5
3 2010	2,2	-0,3	2,5	-0,7	7,1	0,9	4,0	1,4	-0,2
4 2010	2,5	-1,5	3,0	1,5	8,3	2,5	2,8	1,8	0,2
1 2011	5,0	3,7	5,2	2,4	14,3	23,0	2,0	2,0	0,4

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a

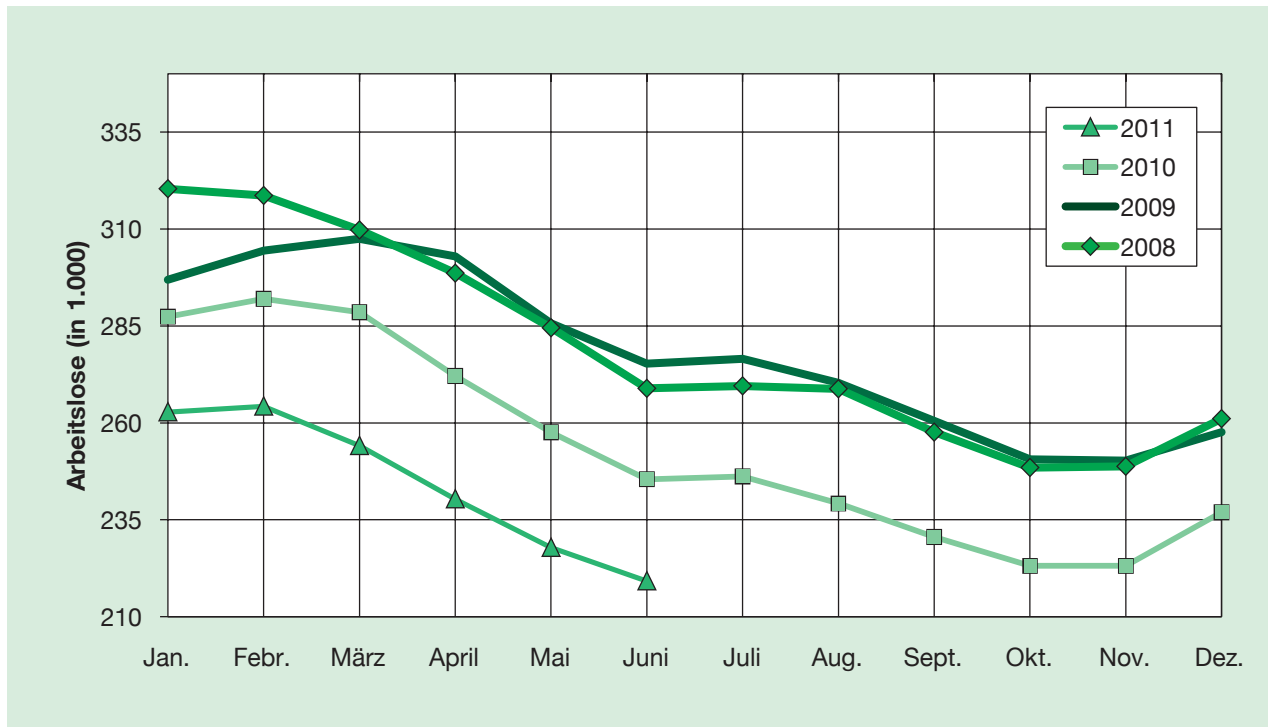


Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

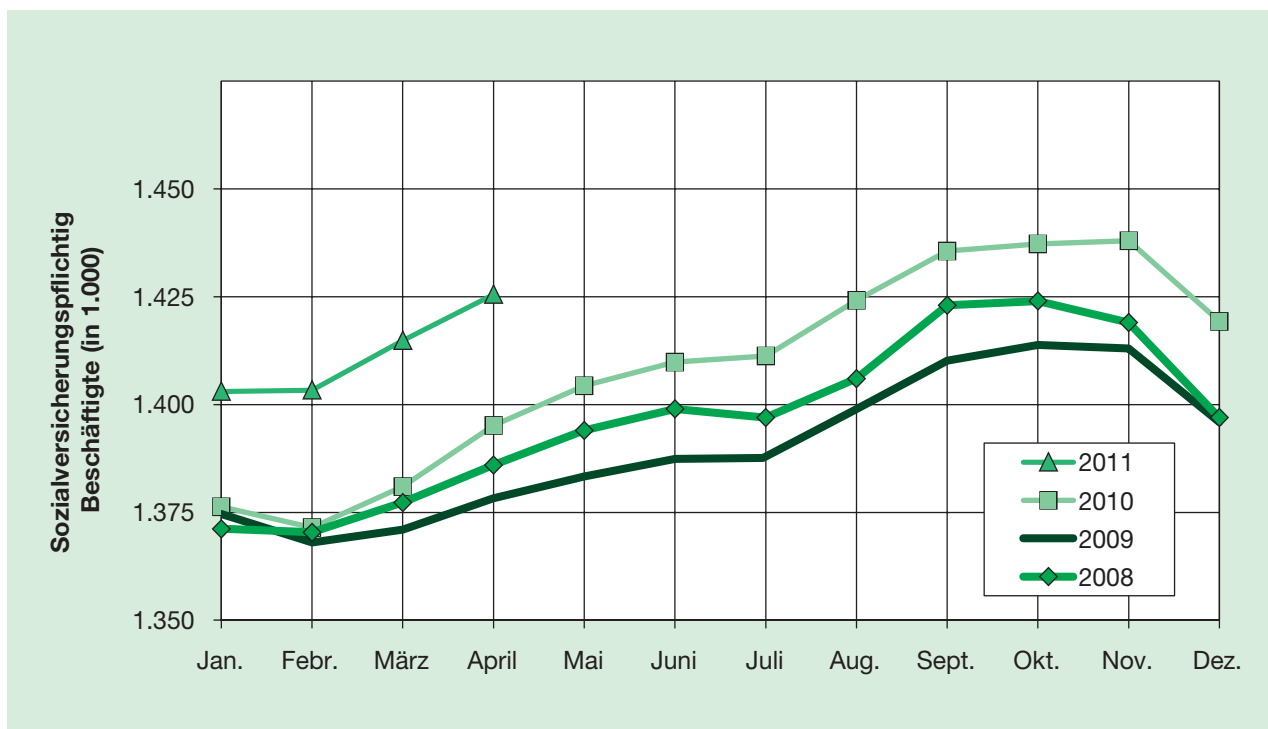
sta

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2008 bis 2011)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2008 bis 2011)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte ^a			Offene Stellen ^b			Beschäftigungs- begleitende Leistungen ^c		
	April 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Juni 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Juni 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat
Brandenburg	757	749	744	10,6	10,9	9,5	14,4	14,7	18,8
Mecklenburg-Vorp.	519	510	516	8,6	8,7	7,0	9,1	9,3	12,7
Sachsen	1.426	1.415	1.395	20,1	19,3	16,7	26,3	27,1	34,1
Sachsen-Anhalt	753	747	743	11,4	11,0	8,3	14,6	14,9	21,3
Thüringen	749	740	730	14,1	14,0	11,3	13,3	13,6	17,7
D Ost (mit Berlin)	5.347	5.301	5.244	76,4	74,7	62,4	95,0	97,3	126,2
D West (ohne Berlin)	22.887	22.801	22.309	403,1	395,5	307,6	206,2	210,7	256,6
D gesamt	28.233	28.102	27.553	479,5	470,2	370,0	301,2	308,0	382,9

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Juni 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Juni 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat	Juni 2011	Vor- monat	Vor- jahres- monat
Brandenburg	138	141	142	10,3	10,5	10,6	33,9	33,0	34,4
Mecklenburg-Vorp.	102	106	100	11,9	12,4	11,6	28,3	27,0	26,9
Sachsen	219	228	245	10,3	10,7	11,5	37,0	36,2	36,9
Sachsen-Anhalt	134	137	148	11,2	11,5	12,3	34,6	33,5	37,3
Thüringen	99	102	113	8,4	8,7	9,5	32,0	31,1	33,4
D Ost (mit Berlin)	922	949	976	10,9	11,3	11,6	33,5	32,6	34,5
D West (ohne Berlin)	1.972	2.012	2.171	5,8	6,0	6,4	34,2	33,6	32,6
D gesamt	2.893	2.960	3.148	6,9	7,0	7,5	34,0	33,3	33,2

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

ifo Geschäftsklima im Juli 2011 in allen Bereichen der sächsischen Gewerblichen Wirtschaft verschlechtert

Robert Lehmann

ifo Geschäftsklima Sachsen im Vergleich

Das ifo Geschäftsklima für die Gewerbliche Wirtschaft in Deutschland hat sich im Juli deutlich eingetrübt. Die Klimaindikatoren für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt sowie für Sachsen sind ebenfalls gefallen (vgl. Abb. 1). Maßgeblich für den kräftigen Rückgang des Geschäftsklimaindex der sächsischen Wirtschaft sind die Angaben der Unternehmen bezüglich der Entwicklung ihrer Geschäfte in den kommenden sechs Monaten, welche die Befragungsteilnehmer per saldo deutlich pessimistischer beurteilen. Aber auch mit ihrer momentanen Geschäftslage sind die sächsischen Firmen nicht mehr ganz so zufrieden wie im vergangenen Monat.

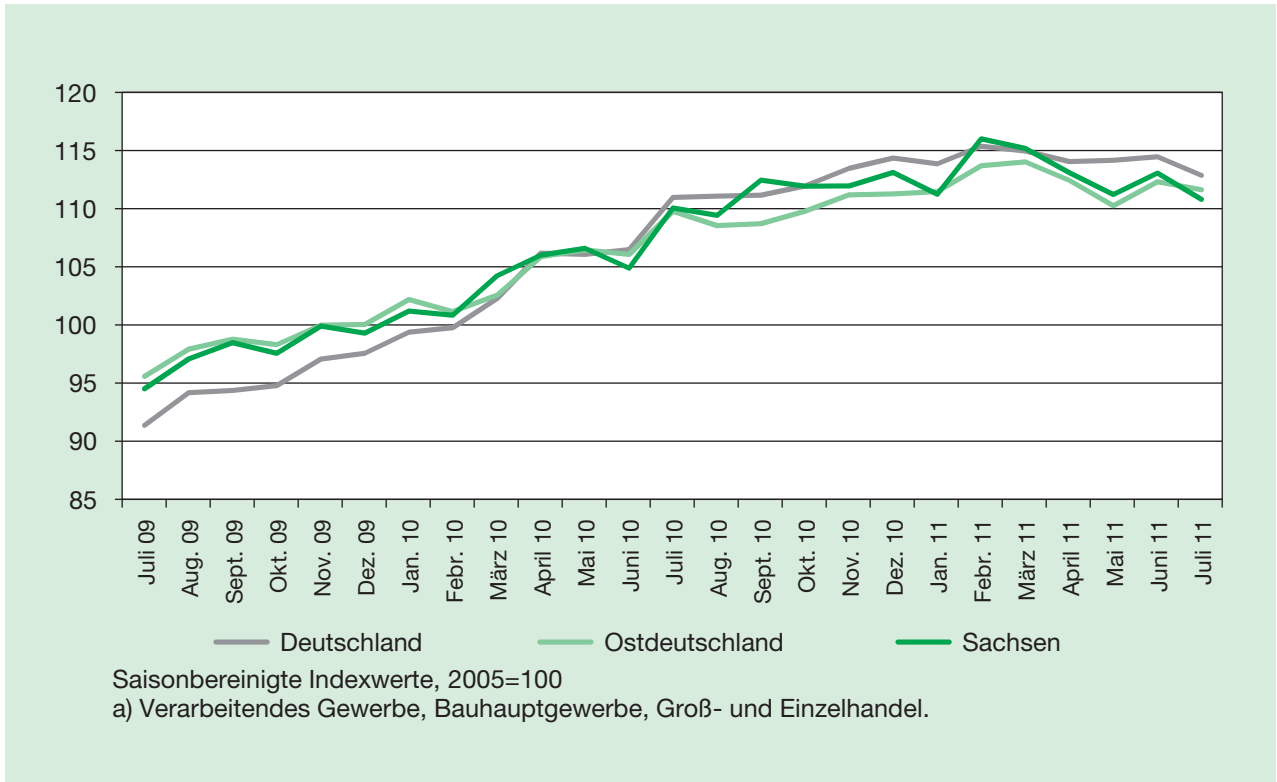
Beschäftigungsbarometer Sachsen

Die ifo Beschäftigungserwartungen für die sächsische gewerbliche Wirtschaft sind im aktuellen Berichtsmonat im Vergleich zum Juni nicht mehr so günstig (vgl. Abb. 2). Der Rückgang des Beschäftigungsbarometers resultiert dabei vor allem aus den Meldungen der sächsischen Baufirmen, welche in der Zukunft ihren Personalbestand reduzieren wollen. Während sich die Angaben der Großhändler bezüglich der Zu- bzw. Abnahme ihrer Mitarbeiterzahl per saldo ausgleichen, wollen die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Einzelhandels mehr Personal einstellen.

Schwerpunkt: Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens

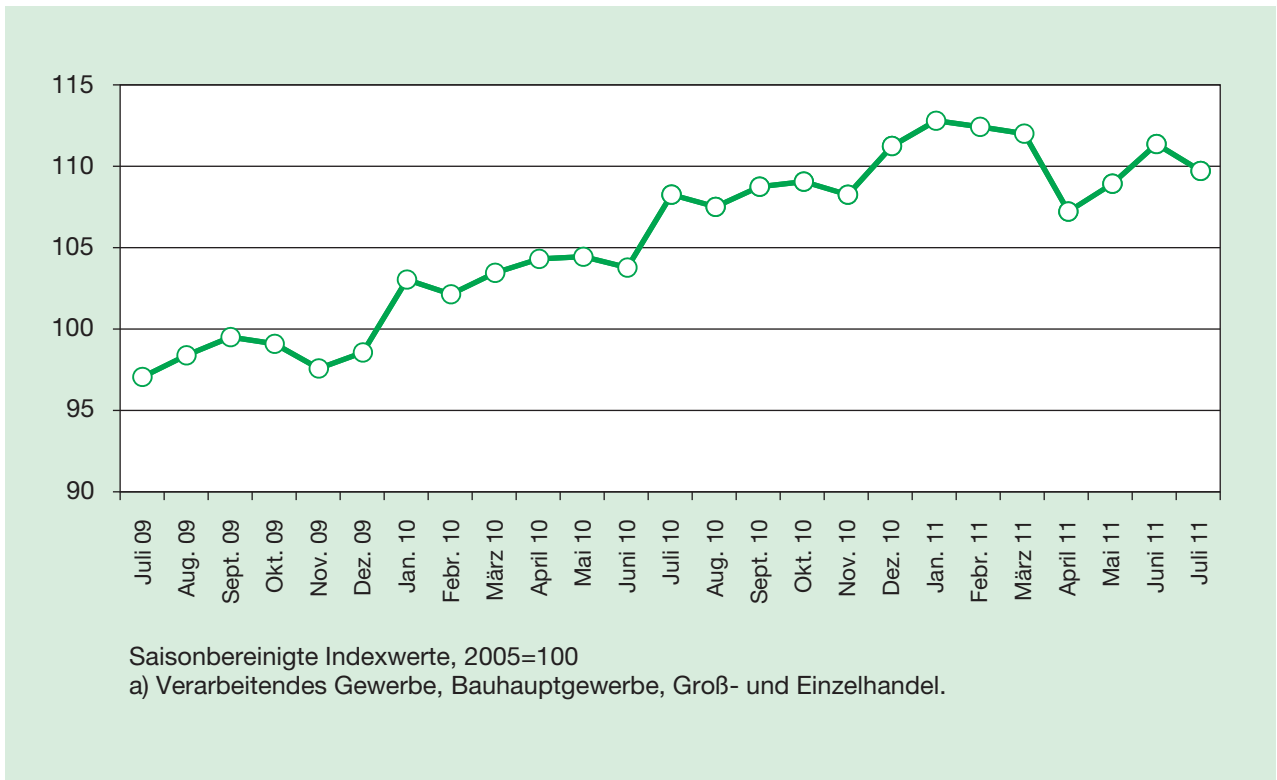
Im Juli ist der Geschäftsklimaindex im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe nach dem kräftigen Anstieg im vorangegangenen Monat deutlich gesunken. Dies zeigt sich mit Ausnahme der Verbrauchsgüterproduzenten in allen Hauptgruppen. Sowohl die momentane Geschäftssituation als auch die Geschäftsperspektiven schätzen die hiesigen Industriefirmen insgesamt als nicht mehr so gut ein (vgl. Abb. 3). Im Auslandsgeschäft rechnen die Befragungsteilnehmer weiterhin mit kräftigen Impulsen. Die um saisonale Effekte bereinigte Kapazitätsauslastung lag nach den Meldungen der befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Sachsens mit 85,6 % etwas unter dem Wert des Frühjahrs (86,5 %), wenngleich weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt. Ein Vergleich mit dem Vorjahreswert zeigt ebenfalls eine Steigerung der Geräteauslastung um knapp 4 Prozentpunkte. Insbesondere die Produzenten von Investitionsgütern, eine der stärksten Hauptgruppen des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes, melden weiterhin insgesamt eine sehr hohe Auslastung ihrer Kapazitäten. Der durchschnittliche Auftragsbestand der Industriefirmen Sachsens war mit 3,7 Monaten sowohl höher als bei der letzten Befragung als auch im Vergleich zu den Meldungen des Vorjahres.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



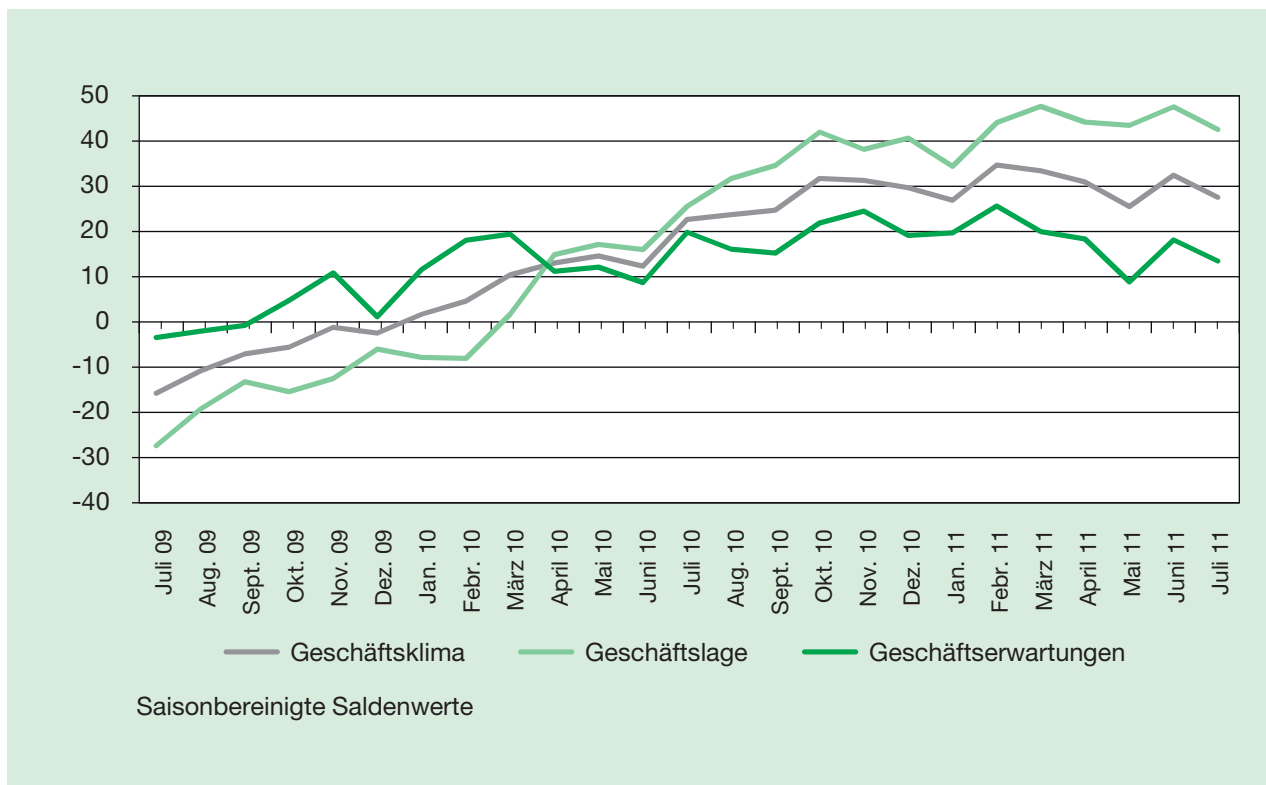
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: ifo Beschäftigungsbarometer für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



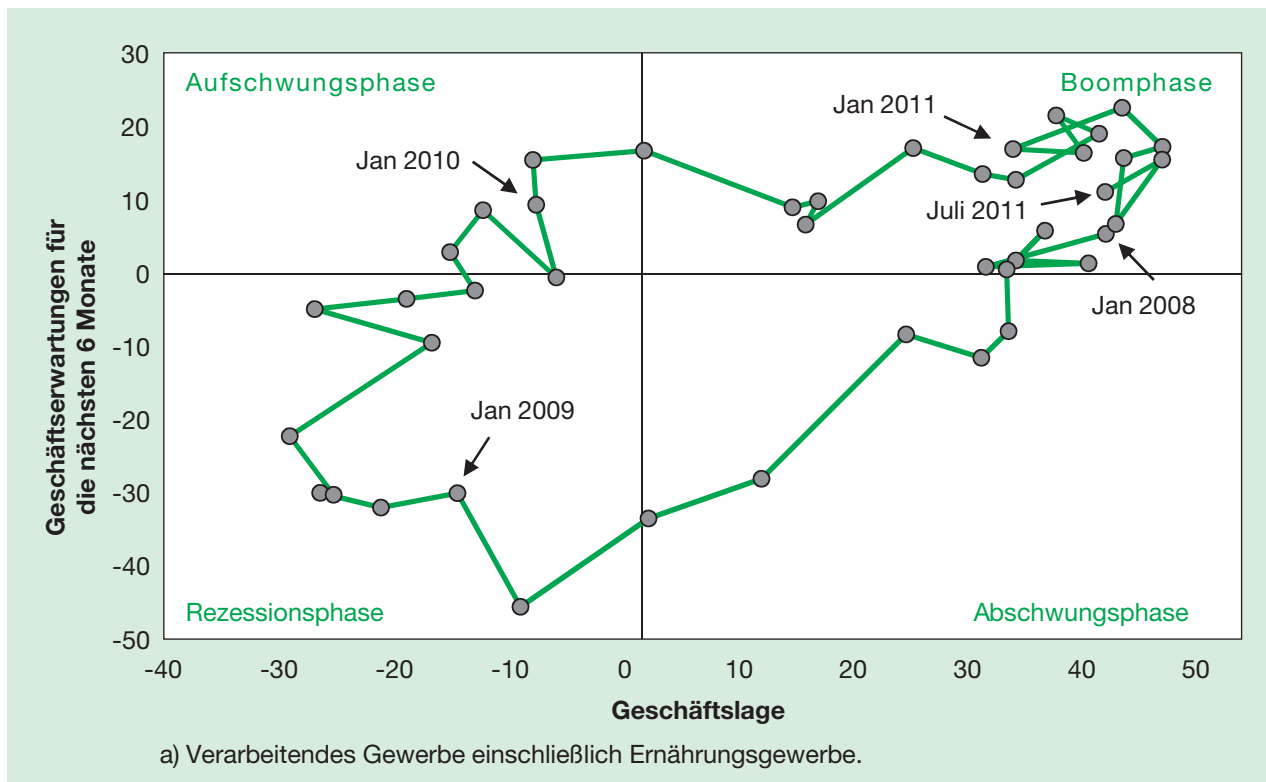
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 3: Geschäftsklima im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe und seine Komponenten die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
Zeitpunkt	2. Quartal 2011	1. Quartal 2011	2. Quartal 2011	1. Quartal 2011	2. Quartal 2011	1. Quartal 2011
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	3,0	2,8	3,3	2,9	3,6	3,2
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	86,0	84,7	84,0	81,1	86,5	84,0
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	18,9	21,8	9,9	8,9	8,8	11,2
Beschäftigtenzahl –Erwartungen ^b	12,1	11,5	8,7	6,8	10,8	7,6
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	20,8	20,9	16,6	18,5	15,0	15,2
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,8	2,7	2,6	2,5	2,8	2,7
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	73,4	68,3	77,0	71,5	77,5	71,1
Beschäftigtenzahl –Erwartungen ^b	-2,7	2,9	-9,2	9,8	-5,0	16,3
Baupreise – Erwartungen ^b	2,2	-2,8	-0,8	-3,2	3,4	0,8
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	36,3	37,3	33,7	33,3	28,3	40,7
Bestellpläne ^b	18,5	19,8	10,6	7,2	11,7	11,0
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	35,8	44,5	47,8	46,9	53,7	50,9
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	18,3	13,7	-5,7	2,3	-7,3	7,3
Bestellpläne ^b	2,6	4,5	-7,9	-5,5	-9,6	1,5
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	32,7	27,6	30,3	30,5	20,4	20,5

Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegenüber Vorjahr).
a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **20. Juli 2011** tagte der **Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der ifo Niederlassung Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung berichtete Dr. Wolf-Roman Straube vom STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im abgelaufenen Jahr. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 2011 und 2012 vorgestellt. Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG München, erläuterte die aktuelle Deutschlandprognose des ifo INSTITUTS. Robert Lehmann, Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des ifo INSTITUTS, stellte die Konjunkturprognosen für Sachsen und Ostdeutschland für 2011/2012 vor. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich im Dezember 2011 stattfinden.

Am **15. September 2011** findet der **1. Workshop „Regionaler Strukturwandel“** statt. Die Veranstaltung soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Bereich regionaler Strukturwandel (Beschreibung, Methodik, politische Implikationen etc.) sein. Es sind sowohl theoretische Arbeiten als auch empirische Studien mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten willkommen. Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

Am **17. und 18. November 2011** findet in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden der **6. Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“** statt. Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des ifo INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG und der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Er soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung beitragen.

Des Weiteren wird am **02. und 03. Dezember 2011** der **5. Workshop „Political Economy“** abgehalten. Der Workshop wird gemeinsam von CESIFO, der ifo Niederlassung Dresden und der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet.

Weiterführende Informationen zu diesen Workshops finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wird **Prof. Norbert F. Schneider**, Direktor des BUNDESINSTITUTS FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG, Wiesbaden, am **08. Dezember 2011** zu Gast in der ifo Niederlassung Dresden sein. Der Vortrag ist öffentlich und findet im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist um **18:30 Uhr**.

ifo Vorträge

Am **10. Juni 2011** hielt Robert Lehmann, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden im Rahmen des MBA Public Affairs & Leadership in der Lehrveranstaltung „Strategie und Kampagnenplanung“ der QUADRIGA HOCHSCHULE BERLIN einen Vortrag zum Thema: „Unternehmensbefragungen in Deutschland: der ifo Konjunkturtest“.

Während des Besuchs einer chinesischen Delegation auf Einladung der DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (GIZ) am **14. Juni 2011** in der ifo Niederlassung Dresden referierte Marcel Thum, Geschäftsführer von ifo Dresden, über den „Strukturwandel in den neuen Bundesländern“.

Am **02. Juli 2011** hielt Wolfgang Nagl, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden auf dem „Forum Zukunft“ der NEXA AUTOCOLOR in Berlin einen Vortrag zum Thema „Demographische Entwicklung in Ostdeutschland bis 2020“.

Wolfgang Nagl nahm am **06. Juli 2011** auch am Expertenworkshop „Fachkräfte halten durch flexible Berufsausstiegsmodelle“ des BILDUNGSWERKS DER SÄCHSISCHEN WIRTSCHAFT GMBH in Dresden teil und sprach dort zum Thema „Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Fachkräftesituation in Sachsen“.

ifo Veröffentlichungen

Auerswald, Heike; Konrad Kai und Marcel Thum: Unsichere Klimafolgen und rationale Klimapolitik, oekonomstimme.org, 08. Juni 2011.

ifo intern

Am 08. Juli 2011 hat **Beate Schirwitz**, Doktorandin an der ifo Niederlassung Dresden, geheiratet. Das Team von ifo Dresden gratuliert auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich.

Call for Papers

6. Workshop Makroökonomik und Konjunktur

17. und 18. November 2011

Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG und der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Er soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung beitragen. Willkommen sind Vortragsangebote aus allen Teilgebieten der Makroökonomik. Bevorzugt behandelt werden Papiere aus dem Gebiet der Konjunkturforschung, Papiere mit empirischer Ausrichtung und einem Fokus auf Deutschland oder Europa.

Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

Einreichungen:

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2–3 Seiten) erfolgen (jeweils in PDF-Format). Bitte schicken Sie Ihre Angebote bis spätestens 30.09.2011 per E-Mail an die folgende Adresse:

workshopDD@ifo.de

Aktuelle Informationen unter:

http://www.cesifo-group.de/link/_ifodrcomp_b_nd_events



HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT

ORGANISATORISCHES:

Konferenzsprache:

Deutsch

Ort:

ifo Institut für Wirtschaftsforschung,
Niederlassung Dresden

Zeit:

17. und 18. November 2011

Teilnahmegebühr:

Keine

Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Michael Berlemann
michael.berlemann@hsu-hh.de

Robert Lehmann
lehmann@ifo.de

Beate Schirwitz
schirwitz@ifo.de



Institut für Wirtschaftsforschung
Niederlassung Dresden